

Le monde précaire

1. *Mayis. Maggio. Maj. Vappu. Május. Maio. Mayo. Maig. May. Mai* - Sex, Mopps und Laptops



Euromayday 2005 – ein Sonntag für globale Rechte

In Europa ist Prekarität heute die häufigste Arbeits- und Lebensbedingung. Sie berührt jede/n im Alltag in allen Lebensumständen: egal ob freiwillig oder zugemutet, Prekarität ist eine allgemeine Situation für die Mehrheit der Bevölkerung geworden.

Prekäre sind inzwischen ein Eckstein in den Produktionsprozessen von Wohlstand. Nichtsdestotrotz zählen wir nichts und bleiben unsichtbar in den traditionellen Formen sozialer und politischer Repräsentation auf der europäischen Agenda.

Wir sind flexibel, ZeitarbeiterInnen oder ständig Beschäftigte, MigrantInnen, StudentInnen, AkademikerInnen, lustlose Tagelöhner, frustrierte und gut gelaunte TeilzeitarbeiterInnen, Jobber und glückliche oder verzweifelte Arbeitslose. Als Prekäre in Europa nehmen wir unsere Angelegenheiten in die eigenen Hände und kämpfen für neue kollektive Rechte und Möglichkeiten, uns unser Leben selbst auszusuchen.

Uns geht es um die Etablierung eines europäischen öffentlichen Raumes, in dem wir sowohl neue Formen von Kooperationen als auch neue Fähigkeiten, um Talente und Erfahrungen zu teilen, darstellen können. Ressourcen, die es erlauben eine neue Vorstellung von sozialer Bewegung zu gestalten und alltäglich zu machen.

Wir rufen jede und jeden auf, an den Vorbereitungen für den Euromayday in Helsinki, Barcelona, Hamburg, Lüttich, Maribor, Sevilla, Mailand, Kopenhagen, Paris, Amsterdam, Wien, London und Stockholm teilzunehmen.

Unterstützt am 2. April den 2. europäischen Aktionstag für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht.

Kommt am 1. Mai zu den Euromayday-Paraden und beteiligt euch an den Aktionen auf den Straßen Europas.

Tun wir so als seien wir die HauptdarstellerInnen unseres Lebens.

Precarious of the world let's conspire and strike for a free, open, radical Europe!

Paris, den 13. März 2005

<http://www.euromayday.org>

<http://www.euromayday.tk>

Editorial

Liebenswerteste Leserinnen und Leser,

willkommen zu unserer Zeitung zum Euromayday 2005. Unternehmen Sie mit uns eine kleine Kreuzfahrt durch die Welten Europas. Nicht jede Stadt ist ein sicherer Hafen. Verzeihen Sie unsere Unzulänglichkeiten. Unser Anliegen ist einfach. So wie es ist kann es nicht bleiben. Um das zu ändern, haben sich vor sechs Jahren in Mailand ein paar Leute zusammengesetzt, die unterbezahlt im Einzelhandel arbeiten und ein paar Freaks kennen, die fit mit Computern sind, und eine Gewerkschaft gegründet. In Italien wird am 1. Mai gearbeitet, kein Feiertag. Ist in Deutschland anders, aber gearbeitet wird auch am 1. Mai. Wie schmeckt denn Ihr Fischbrötchen? Selbst belegt? Schwamm drüber, es geht nicht nur um Arbeit. Es gibt ein neues Zauberwort – prekär: bedeutet ungewiss oder unsicher. Der DGB hat schon vor über 20 Jahren eine Studie darüber und über neue Armut als Folge erstellt, aber wenig draus gemacht. Inzwischen brennt das Thema immer mehr Leuten unter den Nägeln und ist zentral geworden über die Landesgrenzen hinaus.

Die Leute aus Italien haben ihre Geschichte rumerzählt. Letztes Jahr in London beim europäischen Sozialforum fanden die Story Leute aus ganz Europa klasse. Am meisten Spaß in der Zusammenarbeit macht das Ausloten, was geht, wie verständigen wir uns, wie sieht es in den anderen Ländern aus, wo passen Geschichten zusammen und welche machen wir bekannt. Deshalb findet dieses Jahr der Euromayday in 16 europäischen Städten statt. In Barcelona waren sie schon letztes Jahr dabei, mit 500 Papierlosen vorneweg. Wie gesagt, nicht nur Arbeit ist von Bedeutung, ebenso Fragen des Aufenthalts oder wo kommt die Kohle her, wenn ich nicht arbeiten will oder arbeitslos bin. Und – wann ist Feierabend?

Globale Rechte oder das Recht auf Rechte sind wichtige Schlagworte. Einfach gesagt, es ist für jede und jeden genug da und jeder und jeder nimmt daran teil, ohne wenn und aber. Viel Spaß.

Eine naive Geschichte

Der 16-jährige Ümit geht mit Esther die Ludwig-Erhard-Straße hinunter in Richtung Hamburger Michel. Eine verrückte Straße. Früher hieß sie Ost-West-Straße und wurde umbenannt nach dem Sturz der Berliner Mauer. Umbenannt nach dem Architekten der sozialen Marktwirtschaft. Heute ist der Osten (oder der Süden) wieder die Herausforderung des Westens (oder des Nordens). Die Wünsche auf Wohlstand und die Sehnsüchte nach Freiheit wandern heute über die gefallenen Mauern aus. Exodus ist das Thema. Ich suche mein Glück. Paradox der Zusammenstoß, sagt Esther. Die Westweiterung Osteuropas, der Anschluss von acht osteuropäischen Staaten (plus zwei aus dem Mittelmeer), entpuppt sich als Unterwanderung der sozialen Rechte in den alteingesessenen Staaten in der europäischen Union (EU). Keiner hält sich mehr an Ludwig Erhards Regeln.

Ümit interessiert das nicht wirklich. Für ihn und seine Familie galten diese Regeln nicht. Scheiß Wohnungen, kein Wahlrecht, gering(er) bezahlte Arbeit, ein unsicherer Aufenthalt, Generations- und Emanzipationskonflikte prägten die Situation in seiner Familie, die vor 50 Jahren nach Alanya kam. Von Ludwig Erhard kannten seine Eltern immer nur das Foto mit der Zigarre. Voll fett.

Ümit geht auf eine Parade, Esther auch, sie und er sind dort verabredet. Euromayday heißt die Verabredung am Hamburger Michel. Nicht dass die Parolen und die Leute ihre Freunde wären, aber die Fragen von diesen Leuten, wie denn heute ein Leben aussieht und verändert wird, finden sie spannend genug nach dem Gespräch im Stadtpark bei ihrem Fotoshooting. »Mehr für junge Leute« war ihr Banner.

Eine düstere Geschichte

Franz Kafka verlässt die Stadt. Es ist viel später als er gedacht hat. Es gibt nichts mehr zu retten. Die Zeit ist abgelaufen. Kein Schutzmann in der Nähe. Kein Glöckner, der die Turmuhr zurückstellt. Alle werden fallen. Die Sozialversicherungen, der Achtstundentag, die Parteien, die

Nationen, die Kultur, der Glaube, nichts wird bleiben wie es war. Schrecklich. Kafka flüchtet ins Museum, dort hängt ein altes Bild von Paul Klee: *Angelus Novus*. Er erinnert sich, was später Walter Benjamin schrieb: »Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein

und sie ihm vor die Füße schleudert.

Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfängt hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trüm-



Eine immerwährende Geschichte

Jenny ist in Hamburg. Endlich, ein Traum. Wie oft hat sie Charlie gesagt, dass Haushalt Arbeit ist. Arbeit im wahrsten Sinn des Wortes, den er nie verstanden hat, weil er einen Schlüpfer nicht von einem Slip unterscheiden konnte. Erziehungsurlaub, was sollte das sein? Welcher Urlaub von welcher Erziehung? Boy is boy und man is man.

Sie fand es großartig diese Frauen in Madrid zu treffen, die während – man denke nur – während des Generalstreiks sich überlegen: was hat das mit uns zu tun und was tun wir? Und sie gehen spazieren. Sie fahren durch die Stadt, nennen das *derivas* und fragen sich und andere, wie streiken wir außerhalb der Fabrik? Wie streiken wir auf der Straße, im Haushalt, bei der Pflege, beim Einkauf – wie übernehmen wir den Alltag und machen uns frei? Genial.

Diese Esther und dieser Ümit, die sie neulich auf dieser Parade getroffen hat beim Euromayday (hochnotpeinlich, sie dachte immer eine Parade für den Euro und die beiden ein Paar), die waren richtig, die dachten genauso und sagten: »Bist du in Hamburg, kapiert du was Haushalt sein kann, alles musst du selber machen, aber wenn die Lichter ausgehen, springt eine andere Lampe an.« Eine klasse Idee, wenn das Leute überall machen, obwohl sie ganz verschieden leben.

Frank John

Bildnachweis: Photoshooting Hamburg

INHALT:

- *S.1 Internationaler Aufruf • Editorial
- *S.2 Der (in)diskrete Charme des prekären Lebens • Kommunikation der Kämpfe
- *S.3 Leyla rennt
- *S.4 Brücken schlagen • Globale Apartheid • Léxicon Precario Europeo
- *S.5 Bessere Löhne und Papiere!
- *S.6 »Das Gefühl, etwas wert zu sein« • Can't Buy Me, Love
- *S.7 Europaweiter Aktionstag • Frassanito Network • Webinfo
- *S.8 Mayday, Mayday



Le ciel est enfin tombé sur la terre

Der (in)diskrete Charme des prekären Lebens

Vollbeschäftigung ist ein trauriges Versprechen. Und es ist immer schon begleitet von Drohungen und Verwünschungen gegen alle, die in diesem Versprechen ein wünschenswertes Ziel zu sehen nicht bereit sind, sondern darin vor allem Plackerei und Ausbeutung erkennen. Nun, Vollbeschäftigung ist, Jobgipfel hin, Bolkestein her – und ganz ohne zynischen Unterton – endgültig passé.

Vollbeschäftigung kommt nicht mehr, ganz einfach, weil sie schon da ist. Sie ist da, voller als früher, und sie beschäftigt mehr denn je. Vollbeschäftigung heute bedeutet allerdings etwas anderes als noch vor ein paar Jahrzehnten. Vollbeschäftigung heute bedeutet, dass das Leben in seiner Gesamtheit zu der Ware wird, die Waren produziert, es bedeutet das krampfhaft Bemühen und den Zwang, sich selbst zu vermarkten, sich neuen und erweiterten Formen der Ausbeutung zu unterwerfen, ja sie sogar selbst zu erfinden, es bedeutet, die Individualität, die Kreativität, die Möglichkeiten, die jede und jeder gemeinsam mit anderen entwickelt, zu verwerten, es bedeutet, nach den Fitzelchen bezahlter Arbeit zu suchen und dann das mal mehr, mal weniger traurige Entgelt zu akzeptieren.

Vollbeschäftigung heute ist, anders gesagt, auch wenn es vielleicht paradox klingt, ein Teil unseres prekären Lebens. Oder genauer: Es ist die Vollbeschäftigung in diesem heutigen Sinne, die das prekäre Leben so mies, so unerträglich macht.

Gegen die Unerträglichkeit des prekären Lebens richtet sich der Euromayday. Tatsächlich ist »Gegen die Prekarisierung« weit über die Mayday Parade hinaus eine Formulierung, die in den sozialen Konflikten und Auseinandersetzungen in jüngster Zeit zu so etwas wie einem Leitmotiv geworden ist. Es waren vermutlich die Kämpfe der Krankenschwestern, der Studenten, der Eisenbahner und des öffentlichen Dienstes Ende der 1980er Jahre in Frankreich, die das Attribut »précaire« als Erkennungszeichen benutzten, das über das traditionelle gewerkschaftliche und sozialistische Verständnis von Arbeit und Arbeitslosigkeit hinauswies. Und schließlich waren es die Widerstände überall in Europa gegen die anhaltende forcierte Auflösung und die biopolitische Restrukturierung der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen – also Altersrente, Arbeitslosenversicherung, Gesundheitsvorsorge und Sozialhilfe –, die gemeinsam mit Kämpfen gegen die Zerstörung gewerkschaftlicher und sozialer Rechte in der Parole »Gegen die Prekarisierung« schließlich ihren *nom commun* fanden.

Allerdings taucht in vielen Konflikten eine Selbstbeschränkung auf – erfahrbar war sie etwa in der europaweiten Mobilisierung von Gewerkschaften im vergangenen Jahr oder auch in den Protesten gegen die so genannten Hartz-Reformen. Diese Selbstbeschränkung drückt sich zum einen in einer impliziten oder expliziten Nostalgie für den Sozialstaat aus, etwa wenn die Perspektive heißt, »erkämpfte Sozialleistungen« zu verteidigen. Zum anderen liegt sie in der Tendenz zur Unterordnung unter die herrschende Ökonomisierung des Sozialen: Die führt dazu, dass Prekarisierung in erster Linie mit einem sinkendem Lohnniveau gleichgesetzt wird. Beide perspektivischen Verengungen haben gravierende Folgen: Die Geschichte der Kämpfe gegen die Ausbeutung, gegen die fordistische Disziplinargesellschaft und ihre Institutionen – Fabrik, Knast, Familie, Schule – wird ebenso ausgeblendet wie die Mechanismen des Zwangs, die sozialen Einschlüsse und Ausschlüsse, auf die jene Gesellschaft sich gründete. Prekäres Leben heißt in diesen Kämpfen immer auch, die Mechanismen der Unterwerfung zu sabotieren.

Eine Haltung, die diesen Aspekt des Präkären verdeckt, läuft Gefahr, einem sozi-

alen Reformismus nachzutruern, den das Ressentiment gegen Abwechslung und die Abwehr von Differenz begleiten. Zugleich dichtet sich eine solche Haltung auch gegenüber den Erfahrungen anderer sozialer Dynamiken ab, die den Raum der Metropole durchziehen, das heißt gegenüber den Erfahrungen einer Vielzahl von Subjektivitäten. Das Spezifische im prekären Leben von Migrantinnen und Migranten oder die Art und Weise, wie Prekarisierung und sexistische Arbeitsteilung ineinander greifen, geraten so leicht aus dem Blick Eine mögliche Kommunikation der Kämpfe, die die jeweiligen Besonderheiten zueinander in Beziehung setzt, wird unterbrochen, noch bevor sie beginnt. Statt dessen führt die weit verbreitete Gleichsetzung von »prekär« und »elend« dazu, den Subjekten eine Opferperspektive aufzuzwingen.

Letztlich wird Prekarisierung häufig mit »atypischen« Beschäftigungsverhältnissen gleichgesetzt. Doch entgarantierte, deregulierte, flexible, kontingente Bedingungen, befristete und intermittierende Beschäftigung, Leiharbeit, erzwungene oder freiwillige Selbstständigkeit, Honorartätigkeiten, Minijobs, Zeitarbeit, Projektjobs und Schwarzarbeit sind keineswegs »atypisch«, sondern sind Gestalten einer neuen Normalität der Ausbeutungsverhältnisse, sind Momente der Vollbeschäftigung heute. Mit einer solchen aufzählenden Typologie ist allerdings noch kaum etwas über die neuen Kombinationen von Arbeit und Nicht-Arbeit, von Produktion und Reproduktion, von Heteronomie und Autonomie, über soziale Ungleichheiten und die Abstufung sozialer Rechte oder über die Klassenzusammensetzung im Postfordismus gesagt. Die Dynamik dieser Neuzusammensetzung eröffnet das Feld für Konflikte – und so genannte beschäftigungspolitische Initiativen in verschiedenen Ländern der Europäischen Union (etwa Ein-Euro-Jobs oder auch Vorschläge zum Mindestlohn) zielen letztlich darauf, diese Dynamik stillzustellen, sie zu kontrollieren.

Der Euromayday richtet sich gegen die Unerträglichkeit des prekären Lebens, und indem er das tut, richtet er sich gegen die Vollbeschäftigung des Lebens. Die Prekarisierung wird zum Ausgangspunkt genommen, um die wirkliche Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt, sichtbar werden zu lassen. Prekär heißt, ganz allgemein, die Unsicherheit der Zukunft. Mit dem Begriff der Prekarisierung lässt sich darum auch die Dezentrierung der Produktions- und Existenzweise, die Verwischung der traditionellen Grenzen und Definitionen von Arbeit und Nicht-Arbeit, von öffentlich und privat fassen, die unser Leben heute kennzeichnet. Kurz: Es lässt sich das Neue der sozialen Existenz denken. Prekär ist die Existenz der Multitudes. Die prekäre Existenz kreist nicht um das Individuum, sondern um eine Vielzahl von Verbindungen, von Kooperationen und Interdependenzen. Das schließt Unterdrückung und Leid ebenso ein wie Perspektiven der Befreiung, der freien Assoziation. Die Spannweite der Auseinandersetzung reicht daher vom defensiven Leitmotiv »Gegen die Prekarisierung« bis zur – von den *Précaires Associés* in Paris – mit großer Geste vorgetragenen Forderung »Revendiquons-nous la précarité«. Das Gemeinsame ist in diesem Feld nicht vorgegeben; das Gemeinsame ist ein Prozess, es kann nur erfunden werden.

Thomas Atzert

Prekär - Prekariat?

Identität oder Kommunikation der Kämpfe

»Europrecariat rises up - das Europrekariat erhebt sich...« Es war kein bescheidener Slogan, unter dem im Januar dieses Jahres zu einem internationalen EuroMayday-Treffen nach Berlin eingeladen worden war. Oder war es nur Provokation?

»Prekariat – in Anspielung auf das Proletariat – lautet inzwischen eine offensive Selbstbezeichnung, mit der die subjektiven und utopischen Momente der Prekarisierung betont werden sollen.«⁽¹⁾ Angesichts des verbreiteten Gejammers (»Wir sind alle Hartz-Opfer...«) dem Aufbegehren und der »Flexibilisierung von unten« Gewicht geben zu wollen, ist nur zu berechtigt. Und dass mit dem Prozess der Prekarisierung eine weitere Individualisierung und Fragmentierung, ja

Recht oder zu Unrecht) als Paternalismus kritisiert wird, wenn »wir mehr für andere als mit anderen kämpfen«.

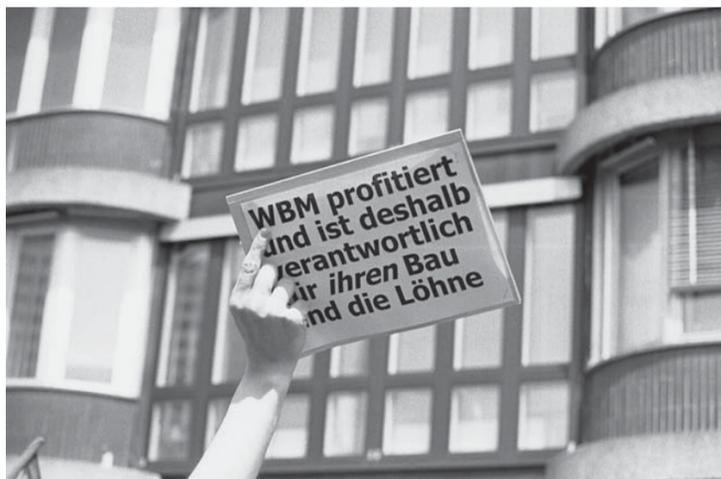
Doch hinter der Chance lauert die neue, alte Gefahr: der mehr oder weniger versteckte Avantgardismus. Jedenfalls kommt Misstrauen auf, wenn Linke allzu laut posaunen, dass »Politik nun endlich wieder in der ersten Person« entwickelt werden kann. Kombiniert mit dem Slogan »Wir sind alle Prekäre« oder gar dem Kampfbe-

das »gemeinsam werden« im Blick behalten wollen.

h. kmii/hanau

Anmerkungen:

(1)/(2) Die Formulierungen stammen aus einem Arbeitspapier des Frassano-Netzwerks; dort heißt es auch: »Zugleich allerdings läuft »Prekariat« als neuer Kampfbegriff in eine alte Falle, wenn damit auf eine schnelle Vereinheitlichung und die Gründung eines vorherrschenden sozialen Akteurs gezielt wird. »Prekariat« wird sogar zur Farce, wenn die radikale Linke sich über eine zunehmende Betroffenheit durch prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen zum Hauptakteur zu verklären versucht. Vielmehr geht es darum, die Hierarchien in den Blick zu rücken, die heute der Zusammensetzung der lebendigen Arbeit ihre Gestalt verleihen – von illegalisierten migrantischen Putzkräften bis zu temporär beschäftigten Computere-freaks –, und angesichts der Verschiedenheit der sozialen Bewegungsformen, ihrer Begehren und Wünsche, Prekarität nicht in eine neue Identität zu vereinfachen. Wir sehen uns der Aufgabe gegenüber, einen Entwicklungsprozess politischer Subjektivität zu erfinden, in dem unterschiedliche Subjekte kooperieren, um Gemeinsamkeiten und Konflikte zu produzieren, ohne die besonderen Forderungen, die aus der Zusammensetzung der lebendigen Arbeit erwachsen, in ihrer Verschiedenheit aufzugeben. Das sind die Bedingungen, unter denen Prekarisierung als komplexer und umkämpfter Prozess einen Bezugsrahmen



sogar neue Spaltungen und Konkurrenzen in den Lebens- und Arbeitsverhältnissen einhergehen, lässt den Wunsch nach einer Klammer, nach Gemeinsamkeit und kollektiver Praxis umso verständlicher erscheinen. Dennoch halten wir es für einen falschen Schnellschuss, in dieser Situation ein »Wir sind alle Prekäre« zu proklamieren und damit Widersprüche und Vielfalt »in eine neue Identität zu vereinfachen«⁽²⁾. Vielmehr brauchen wir einen weiteren offenen Auseinandersetzungsprozess, der sich einerseits dem Festhalten an oder dem Wiederaufleben von Partikularinteressen widersetzt und sich allen strikten Kategorisierungen oder Abgrenzungen verweigert. Andererseits muss vor jedem Versuch gewarnt werden, eine vielschichtige und komplexe Realität vereinheitlichen zu wollen. Auch oder gerade, wenn diese Versuche aus der radikalen Linken kommen!

...und die Rolle der radikalen Linken ?

Zweifellos, auch »die Linke« ist mehr denn je von den aktuellen Umbrüchen und Angriffen betroffen: Die Nischen werden kleiner, der Zwang, sich eben in prekären

griff des »Prekariat« ist es dann nur noch ein verdammt kleiner Schritt, sich einmal mehr an der »Spitze der Bewegung« zu sehen.



Stattdessen sollte alles Bemühen dahingehend eingesetzt werden, die Differenzen und Hierarchisierungen nicht nur zu reflektieren, sondern in einen gegenseitig

bieten kann, – um unterschiedliche Subjektivitäten auf sozialer wie politischer Ebene verstärkt in einen Austausch zu bringen, – um Widersprüche oder gar Konkurrenzen in den verschiedenen Realitäten zu vermitteln, – und um davon ausgehend übergreifende Fragestellungen zu thematisieren. Wir denken an einen Prozess, der auf der Autonomie der unterschiedlichen Kämpfe basiert, der die Kommunikation dieser Kämpfe befördert, neue Formen der Kooperation ermöglicht und weitere Terrains eröffnet.«

Bildnachweis: Tim Zülch



Beschäftigungsverhältnissen zu bewegen, nimmt zu. Das eröffnet einerseits die Möglichkeit, die eigenen Existenzbedingungen in die Frage des »Widerstandes der Prekarisierten« einzubringen. Und damit eine Rolle zu verlassen, die oftmals (zu

gen Vermittlungsprozess zu bringen. Die Kommunikation zwischen den verschiedenen Realitäten, Widerständigkeiten und Kämpfen erscheint uns als entscheidende Herausforderung, wenn wir notwendig aber vorsichtig das becoming common,

Leyla rennt!

Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind Migrationen in Avrupa temporär und in der Regel illegal. Aufenthaltsrechte werden derartig mit Arbeitsrechten verkoppelt, dass schon existierende Prozesse des Abdrängens migrantischer Arbeit in niedrig entlohnte Sektoren forciert werden.



Modi von Verschärfung, Verarmung und Deklassierung gedacht werden. Ein solcher Ausgangspunkt unterschlägt auch die Geschichte des migrantischen Widerstandes im und gegen den Fordismus. Das hat Konsequenzen für das Subjekt des Politischen: MigrantInnen sind wieder einmal die Opfer – »ganz unten« eben. Es geht also darum, nicht die Sozialdaten des Armutsberichts, sondern eine Einschätzung der Kräfteverhältnisse und der aus ihnen sich abzeichnenden Fluchtlinien an den Anfang der politischen Analyse zu stellen.

Prekarisierung ist allerdings mehr als nur ökonomische Deprivation. Sie besteht auch in der Verweigerung sozialer und politischer Rechte für Sans Papiers sowie der Entrechtung von Angehörigen der so genannten zweiten und x-ten Generation. Die aktuelle Debatte über den »Doppelpassmissbrauch«, die sich in der Wiederaberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft Tausender »türkischer«, »russischer« und »israelischer« NeubürgerInnen zuspitzte, macht deutlich, dass Papiere, selbst die deutsche Staatsbürgerschaft, prekär sind und keine dauerhafte Sicherheit bedeuten.



Die Entrechtung trifft jedoch alle auf unterschiedliche Weise. Die Herausforderung, welche die gegenwärtigen Formen grenzüberschreitender migrantischer Arbeit für das Verständnis der Prekarisierung darstellt, betrifft nicht nur die Dimension der Entrechtung als eine zusätzliche Konstante im sonst invariablen Kontinuum migrantischen Lebens in Almanyia bzw. Avrupa. Es sind die Kämpfe um Einkommen, Sprache und Lebensformen der legalen und illegalisierten MigrantInnen, welche die Konturen des Ortes und des Konflikts in der Prekarität deutlich machen: Die Grenze und die Kontrolle über die Autonomie der Mobilität.

Als wir vor drei Jahren mit dem Vorschlag einer Kampagne für das Recht auf Legalisierung an die Öffentlichkeit traten, war unser Anliegen nicht etwa, einem universellen Recht zur Geltung zu verhelfen, von dem die MigrantInnen per definitionem ausgeschlossen waren. Es ging vielmehr darum zu versuchen, neue Verbindungslinien und Handlungsperspektiven zu entwickeln, die die Grenzen des Antirassismus sprengen und die Bewegung der Migration

Mobilität rekurriert. Diese treffen sich auf einer Ebene der Konfrontation und des Konflikts, in der sowohl Zwangsmobilisierung als auch die Autonomie der Mobilität zusammen artikuliert und sogar verkörpert werden.

Eine Analogie mit der Landstreicherpolitik in den vorindustriellen Gesellschaften Europas ist an dieser Stelle erhellend. Seit dem ausgehenden Mittelalter haben alle westeuropäischen Mächte die Repression von Landstreicherei und Bettel zu Kernstück ihrer Sozialpolitik gemacht. Aber obwohl Hunderttausende Vagabunden verbannt, eingesperrt, zu Galeerenstrafen verurteilt oder gehängt wurden, sind diese Maßnahmen gescheitert. Bis zum Ende des ancien regime wurde keine Lösung gefunden, weil einerseits die Landstreicherei der umherschweifenden Massen eine Folge der Massenarmut und eines durch die Zünfte blockierten Arbeitsmarktes war und diese Massen andererseits nicht als das begriffen wurden, was sie tatsächlich waren: Die ersten Proletarier.

Worauf wir hinaus wollen, wird vielleicht deutlicher, wenn wir einen Blick zurück auf das fordistische »Gastarbeiter«-System in Almanyia werfen. Die MigrantInnen verrichteten darin tendenziell die mit Handarbeit verbundenen Tätigkeiten, die einheimischen Arbeiter stiegen zu KopfarbeiterInnen auf. Genau dieses Wahrnehmungsschema aber verstellte den Blick auf die praktische Kritik des »Gastarbeiter«-Systems. Denn das dieser Wahrnehmung entspringende »Unterschichtungs«-Paradigma – die MigrantInnen »unterschichten« die einheimischen ArbeiterInnen – konnte die wilden Streiks und die Revolten der MigrantInnen weder konzeptionell fassen noch praktisch nutzen. Das »Gastarbeiter«-System wollte die Zerstreuung, die Tendenz zur Neuzusam-



mensetzung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit durch die Kontrolle der Mobilität regulieren. Dabei sollten das Rotationsverfahren, die Visaregelungen und das Ausländergesetz nicht nur die internationale und grenzüberschreitende, sondern auch die sektorale Mobilität innerhalb der Produktionsapparate begrenzen. Tatsächlich aber entzogen sich die MigrantInnen diesem Kontrollversuch und unterliefen die temporäre Begrenzung der Migration, mit der sie auf den Status einer flexiblen Reservearmee festgelegt werden sollten.

So wurde in der Bundesrepublik Deutschland 1973 zwar ein allgemeiner Anwerbestopp für Gastarbeiter ausgerufen, doch reorganisierten die MigrantInnen ihre Bewegungsfreiheit in Form der Familienzusammenführung. Diese »Autonomie der Migration«, so Yann Moulier Boutang, »zeigt sich in ihrer Selbstständigkeit gegenüber den politischen Maßnahmen, die darauf zielen, sie zu kontrollieren. Migration unter dem Gesichtspunkt ihrer Autonomie zu betrachten, bedeutet, die sozialen und subjektiven Dimensionen der Migrationsbewegungen zu betonen.« Die Betonung liegt dabei auf Bewegungen, weil der Begriff der »Autonomie der Migration« von ihren Konstitutionsbedingungen innerhalb des kapitalistischen Arbeitsprozesses ausgeht, nicht aber ein Subjekt (Staat vs. MigrantInnen) unterstellt. So ergibt sich eine historische Analogie zum Exodus der ArbeiterInnen aus den Fabriken, aus den Normalarbeitsverhältnissen und den patriarchalen Verhältnissen, die vom Operatismus als Revolte gegen die Fabrikdisziplin und die an sie gekoppelten Lebensweisen interpretiert wurde. Der migrantische Exodus war die Aufkündigung desselben Kompromisses – diesmal gegen die nationalstaatlichen Grenzen gerichtet. Das Spezifische in dem Verhältnis zwischen Prekarisierung und Migration besteht demnach in der Kontrolle des

überschüssigen Moments der Mobilität, ihre Autonomie.

Die verschiedenen Grade von citizenship, die die EU-Migrationspolitik an ihren Grenzen erzeugt, beeinflussen die Arbeitsmarktpolitik, insofern sie differenzierte Typen von Ausbeutung ermöglichen. Gerade die Anbindung der citizenship an die Arbeit bzw. die Arbeitslaubnis hat weniger den Effekt einer Migrationssteuerung als den einer Illegalisierung der am meisten mobilen und mobilisierten Arbeitskräfte Avrupas, der migrantischen Arbeit. Die Konditionen der Migration – die transnationale Vernetzung der migrantischen communities, das relativ flexible »Switchen« von Asyl zu Familienzusammenführung und zu Illegalität – treffen sich mit Arrangements in der Prekarität. MigrantInnen ziehen oft die Informalität des Arbeitsplatzes »Haushalt« dem Zuhause vor. Sie leben unter prekären Arbeitsbedingungen und bedienen sich dabei Tricks und Lücken, die sich gegen die Kontrolle der Migrationsbewegungen richten. Dort, wo die Leute ausgebeutet und damit sub-



jektiviert werden, gibt es auch Formen des Widerstehens, die keine Antworten auf die Ausbeutung selbst sind, sondern sich gegen die Kontrolle darüber richten, der Ausbeutung fliehen zu können, und die somit das Zusammenleben und die Kontrolle der Freiheit in den Mittelpunkt rücken.



Mayday Mayday: „Zonen kontinuierlicher Intensität“

»Lebendige Arbeit« meint aber nicht einfach Lohnarbeit beziehungsweise das, was im herkömmlichen Verständnis »produktive Arbeit« genannt wird. In den feministischen Diskussionen wurde seit den 1960er Jahren nicht nur gezeigt, dass die von Frauen geleistete Arbeit zu Hause von der Definition der »produktiven Arbeit« ausgeschlossen ist. Feministische Theoretikerinnen und Aktivistinnen betonten ferner, dass sich in der »emotionalen Arbeit«, die nicht vom Kapital verwertet wird, auch Momente des Widerstands artikulieren. Mit den Transformationen der Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse in den letzten 30 bis 40 Jahren sind soziale Kompetenzen wie Kommunikation, Organisation der Beziehungen, Versorgung sowie ständige und ganzheitliche Verfügbarkeit zu unabdingbaren (Erwerbs-)Qualifikationen geworden.

Diese affektiven Tätigkeiten machen inzwischen einen wichtigen Aspekt der biopolitischen Produktion aus. Den Widerstand ausgehend von der »lebendigen

Arbeit« selbst zu denken, heißt Produktion und Reproduktion als untrennbar ineinander verwoben zu begreifen. Skandalisierungsdiskurse, die letztlich auf eine Absicherung der in der Fabrik und in ihrem Staat erkmühten Errungenschaften zielen, führen in die Defensive. Soziale und politische Rechte können nicht mehr oder nicht nur dort gefordert werden,



wo wir angegriffen werden – in der Familie, im Unternehmen, im Sweatshop. Sondern sie müssen in den kooperativen Zwischenformen, die schon vom Kapital angeeignet sind, enteignet werden. Gerade in prekären Zeiten entgrenzter Arbeit gilt es, die Unterwerfung unter den Zwang zur Arbeit zeitweilig auszusetzen. Wir stehen vor der Herausforderung, widerständige Momente innerhalb der gegenwärtigen Neuzusammensetzung der »lebendigen Arbeit« ausfindig zu machen. Es geht darum, Konfliktlinien in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen – »Zonen kontinuierlicher Intensität« – zu lokalisieren und diese als Fluchtlinien eines Projektes zu bestimmen, das mobilisierend wirkt und rennt...

Kanak Attak
Sabine Hess, Serhat Karakayali, Efthimia Panagiotidis, Vassilis Tsianos

Ganz unten?

Lässt man nun aktuelle linke Publikationen zur Prekarisierung Revue passieren, kann man leicht feststellen, dass die Figur der Migration eine unumgängliche Bezugsgröße in der Debatte geworden ist. Prekarisierung scheint in der Migration einen spezifischen Ausdruck zu finden, nach dem Motto: MigrantInnen sind die Prekärsten der Prekären, und zwar schon immer. Das ist einerseits gut, weil es bedeutet, dass Migration mittlerweile zur linken Theorie- und Identitätsbildung gehört. Doch ist es zugleich problematisch, weil zu vermuten ist, dass hier ein bewegungspolitisch motivierter Kurzschluss vorliegt. Die Evidenz des Zusammenhangs verweist unseres Erachtens mehr auf eine reflexartige Vorwegnahme des differenzpolitischen Gebots – »Du sollst nicht vernachlässigen class, race und gender« – als auf eine Klärung der gegenwärtigen Rolle der Migration innerhalb der allgemeinen Neuzusammensetzung der »lebendigen Arbeit«.

Die konzeptionelle Schwäche an dieser Stelle betrifft die Art und Weise, wie man die gegenwärtige Konstellation existierender Tendenzen und Dynamiken der gesellschaftlichen Arbeit verortet, und wie darüber hinaus Strategien linker Intervention gedacht und kommuniziert werden können. Die falsche Evidenz besteht in der ahistorischen Konstruktion: Existierte nicht schon im Fordismus eine rassistische Segmentierung des nationalen Arbeitsmarktes mit dem Effekt einer Prekarisierung migrantischer Lebensrealitäten? Folgte man jedoch dieser Logik für die Einschätzung der gegenwärtigen Konjunktur, könnte Prekarität nur in

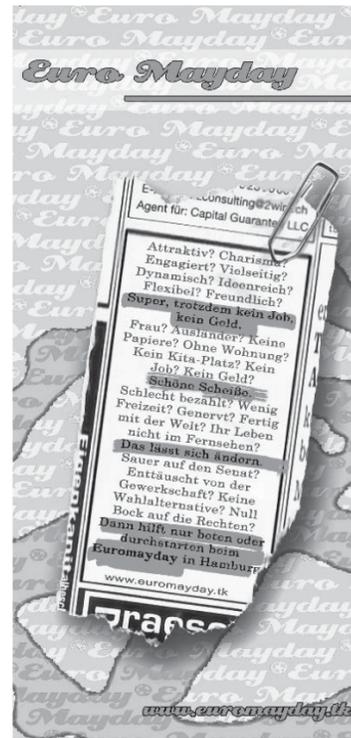


einen Schritt nach vorne bringen sollte. Anders formuliert, wenn die Neuzusammensetzung der lebendigen Arbeit Potenzialitäten produziert und freisetzen kann, die eine andere Welt möglich und wieder denkbar machen, dann gilt das auch für das Verständnis der Migration. Was muss man aber tun, um nicht aus dem kurzen Sommer eines Gespenstes der Migration in einen kalten Winter mit der Figur eines Vampirs zu straucheln, der sich vor den ersten Lichtstrahlen der Morgenröte des entwickelten Postfordismus verstecken muss?

Prekarisierung from below

Die Prekarisierung wird durch eine doppelte Dynamik vorangetrieben: Flexibilisierung »von oben« als die Durchsetzung einer »sozialaktivierenden« Arbeitsmarktpolitik, deren Ziel die Zwangsmobilisierung arbeitsfähiger Subjekte ist, und Flexibilisierung »von unten« als das ganze Universum gesellschaftlicher Neukonstitution, die auf netzwerkförmige Kommunikation, Freiwilligkeit, Kooperation und

Anzeige:



Brücken schlagen ...

Während etwa in Italien migrationspolitische Fragen immer auch auf die Ausbeutungssituation hin thematisiert werden, gibt es in der BRD diesen Brückenschlag noch zu selten. Die Inspiration der Workers Center hat insofern eine besondere Bedeutung. In ihrem Beitrag und ihren Thesen unterstreichen *amplitude/kein mensch ist illegal* den Zusammenhang von Kämpfen gegen Ausgrenzung und Ausbeutung.

»Lager sind der brutale Ausdruck einer europäischen Migrationspolitik, die nicht einfach auf Abschottung zielt, sondern – nicht zuletzt mittels Illegalisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen – auf einen Prozess des selektiven Einschlusses. In diesem Prozess wird eine Hierarchisierung von Rechten vollzogen, ... die im Zentrum der materiellen Transformationen von Staatsbürgerschaft in Europa stehen und weit davon entfernt sind, nur MigrantInnen im Blick zu haben. Dieser Prozess entspricht einem neuen Modell des Arbeitskräfte-Managements, konzentriert auf Prekarisierung und Ausbeutung. Die MigrantInnen sind die Subjekte, die als erste Erfahrungen mit Lebens- und Arbeitsbedingungen machen, die die gesamte arbeitende Bevölkerung, wenn auch sicher in verschiedenen Abstufungen, in Europa zu machen beginnt. Auf der anderen Seite aber drücken ihre Praktiken der Mobilität Ansprüche und Forderungen aus, die auf der Stufe des Alltagslebens in Richtung eines anderen Europas weisen. Deshalb wollen wir diese Verbindungen und Forderungen in den Euromayday-Prozess einbringen und rufen zu einer starken Beteiligung am 1. Mai 2005 auf.« Diese Passage ist dem Aufruf zum Zweiten europäischen Aktionstag gegen Lager und für Legalisierung entnommen (www.noborder.org; siehe auch den Bericht zum 2. April). Über den Begriff des »selektiven Einschlusses« wird eine Brücke von den migrationspolitischen Entrechtungen zu den aktuellen Formen der Ausbeutung geschlagen, was gerade in Deutschland noch immer sehr selten geschieht.

Zweifellos haben Lager oder migrationspolitische Sondergesetze in der BRD einen etwa im Vergleich zu südeuropäischen Ländern viel ausgeprägteren Abschreckungscharakter. Dennoch wäre es verkürzt, diesem Rassismus hier jeglichen ökonomischen Hintergrund abzuspüren.

Dass sich Anzahl und geographische Streuung der Lager sowie die willkürlich erscheinende Vergabe von Arbeitserlaubnissen durchaus mit der Situation der regionalen Arbeitsmärkte in Zusammenhang bringen lassen, wurde unlängst von Tobias Pieper aufgezeigt (http://idash.org/~nolager/nolager/files/prokla_pieper_lagersystem.pdf). Und dass Razzien zur Festnahme und Ausweisung illegalisierter Arbeitskräfte den saisonalen oder konjunkturellen Bedürfnissen der entsprechenden Niedriglohnsektoren angepasst werden, ließ sich schon in *Illegal in Deutschland* von Jörg Alt nachlesen.

Dennoch bleiben solche Aspekte der antirassistischen Bewegung immer noch unterbelichtet, wurde die Reorganisation des Kapitalismus in den vergangenen Jahren nur unzureichend diskutiert. Spätestens die Debatte um Green Card und Zuwanderungsgesetz im Jahr 2000 brachte einmal mehr auf die Tagesordnung, dass Migrationskontrolle nicht nur radikal ausgrenzt, sondern auch nach Qualifikation und Arbeitsmarktinteresse sortiert. Die Festung Europa erweist sich gegenüber den Migrationsbewegungen als

porös, als Filter. Zentrale Agenturen wie die IOM (1) sprechen nicht zufällig von »Migrationsmanagement«: einer Kombination von Ausschluss und Abschiebung der Unerwünschten bei gleichzeitiger Duldung oder sogar Rekrutierung von verwertbaren MigrantInnen. Es bleibt nachvollziehbar, dass es angesichts des eskalierenden Abschiebeterrors und der Ausweitung des Lagerregimes in den 90er Jahren wenig Raum für eine Auseinandersetzung mit migrantischer Arbeit gab. Um Missverständnissen vorzubeugen: Es kann nach wie vor nicht darum gehen, die Kämpfe um Bewegungsfreiheit und Bleiberecht hintenan oder gar gegen erste Ansätze migrantischer Arbeitskämpfe zu stellen. Vielmehr wären Verknüpfungen und Verbindungslinien herzustellen, die nicht zuletzt in einer tieferen Auseinandersetzung mit dem Begriff der Prekarisierung angelegt sind.

Das Garment Workers Center

Von einer umfassenderen Herangehensweise spricht z.B. das Garment Workers Centers (GWC) in Los Angeles, das für einen unabhängigen Selbstorganisationsprozess migrantischer und oftmals illegalisierter ArbeiterInnen steht, deren Interessen in traditionellen Gewerkschaften nicht repräsentiert werden. Das GWC setzt auf ein Herkunftsland übergreifendes *organizing*, denn allzu oft sind es ethnische Spaltungslinien, entlang derer lateinamerikanische und asiatische ArbeiterInnen gegeneinander ausgespielt werden. Im hochflexiblen Subkontraktssystem der kalifornischen Bekleidungsindustrie mit Tausenden kleiner Sweatshops gehören Lohnbetrug und Arbeitsrechtsverletzungen für die NäherInnen zum Alltag. Das GWC bietet juristische Beratung, macht jedoch mittlerweile die Beteiligung am „kollektiven Projekt“ des GWC und an gemeinsamen Kampagnen zur Voraussetzung. Die Kampagnen wenden sich gegen größere Vertriebsketten und Markenhersteller, die als Endprofiteure an der Spitze der Ausbeutungspyramide stehen. Parallel beteiligt sich das GWC an der langfristigen – von den Gewerkschaften mitgetragenen – Schwerpunkt-Kampagne für die Legalisierung der »undocumented workers«. In der Verknüpfung von Kämpfen gegen Ausgrenzung und Ausbeutung besteht die Attraktivität des Workers Center Modells auch für hiesige Verhältnisse.

Lokale Praxis?

Bislang konnte kaum eine lokale oder regionale und damit an den Alltag anknüpfende Praxis in diesem Feld entwickelt werden. Eine rühmliche Ausnahme bilden die »Bauarbeiter-Auseinandersetzungen« in Berlin (vgl. die Auswertung von Elexir-A, www.elexir-a.org/). Deshalb taucht bei der Frage nach Handlungsoptionen nicht zufällig die US-amerikanische Inspiration wieder auf.

Bezugnehmend auf Erfahrungsansätze in den USA gibt es die Idee, unter dem Begriff Workers Center ein Projekt zu starten, das auf verschiedenen Ebenen Zugang zum Komplex prekarierteter Arbeit und Migration sucht, letztlich ein vor allem auch praktischer orientierter Suchprozess, um die Aneignungsmomente in und gegen die Ausbeutung zu stärken: Die Initiative für ein Workers Center in Rhein-Main hat mit ersten Interviews und Untersuchungen in den prekären Arbeitsbereichen, in denen MigrantInnen mit und ohne Papiere beschäftigt sind – Reinigungssektor, Landwirtschaft, Restaurants, Pflege oder auch genereller Leiharbeitsgewerbe –, be-

gonnen. Mehr Zugänge zu prekären und migrantischen Arbeitsrealitäten eröffnen, diesbezügliche Informationen sammeln, potentiellen Konflikten nachspüren, Bewegungsformen kennen lernen und neue entwickeln – die Workers Center Idee kann ein möglicher Katalysator sein. Die Initiative, für den 1. Mai 2005 den Euromayday aufzugreifen, war nicht zuletzt von der Idee getragen, damit auch in der BRD einen weiteren Kristallisationspunkt zwischen prekärer Arbeit und Migration zu schaffen. Beides, die Suchprozesse rund um ein Workers Center wie auch der Euromayday, stehen jedenfalls für den dringend notwendigen Versuch, auch in

der BRD die inhaltlichen wie praktischen Verbindungslinien in den Kämpfen gegen Ausgrenzung und Ausbeutung weiter zu verdichten.

amplitude/kein mensch ist illegal

Anmerkung:

(1) Die IOM (International Organisation for Migration) kann als zentrale transnationale Agentur der Migrationskontrolle bezeichnet werden, das europaweite Nobordernetzwerk hatte deshalb 2002 eine Kampagne gegen die IOM begonnen (<http://www.noborder.org/iom/index.php>).

allen gegenüber Flüchtlingen angewandt wurden: von Ein-Euro-Jobs bis zum Guttscheinsystem. Maurizio Ricciardi und Fabio Raimondi formulieren zugespitzt: »Die Situation der migrantischen illegalisierten Arbeit nimmt vorweg, was sich als verallgemeinernde Tendenz der Prekarisierung entwickelt und auf alle gesellschaftlichen Bereiche übergreift.« (www.thuesday.org/node/view/72)

(V) »Migration wird einerseits als Potential und Quelle von ökonomischem Wachstum analysiert, andererseits als Bedrohung von Kapitalismus und Akkumulation. Daher liegen Rekrutierung und Abschottung so nah beieinander.« (Frank Düvell, www.noborder.org/iom/display.php?id=244) Dieses »umkämpfte Terrain« lässt sich auch als Wechselprozess zwischen den Praktiken der Migrationsbewegung und den Praktiken des Migrationsregimes beschreiben: Transnationale Migration unterläuft zunächst die nationalen Kontrollansprüche, die Europäisierung oder gar Globalisierung des Grenzregimes muss als Gegenreaktion gelesen werden. Illegalisierte MigrantInnen werden als Manövriermasse der flexibilisierten Ökonomien einkalkuliert, was zugleich »wieder neue Spielräume für die Taktiken der Migration« (Sabine Hess) öffnet – mit neuen Effekten in Richtung einer Autonomie der Migration.

(VI) Migration, verstanden als soziale Bewegung, trägt immer auch das Moment der (Wieder-)Aneignung in sich. Die weltweit dominierenden »ökonomischen MigrantInnen« wandern gegen das Ausbeutungsgefälle in die Akkumulationszentren, und fordern, oftmals ohne jede politische Artikulation, ihr Recht auf Einkommen und Leben. Und selbst die Remisen, die mühselig abgesparten Geldtransfers der MigrantInnen, die in ihrer Dimension mittlerweile alle Entwicklungshilfeleistungen hinter sich lassen, müssen als stiller finanzieller Ausdruck transnationaler Umverteilung anerkannt werden. Erst auf diesem alltäglichen sozialen Hintergrund erschließt

Soziale Bewegung

Sechs Thesen zum Zusammenhang von Ökonomie und Grenzen, von prekarierteter und migrantischer Arbeit sowie nicht zuletzt von Migrationsregime und Aneignungsprozess:

(I) Kapitalismus benötigt und zielt immer auf Hierarchien, auf soziale, geschlechtliche und ethnische Spaltungen, dabei insbesondere auf Grenzziehungen, mit denen soziale Zugeständnisse auf kleine Teile der weltweiten ArbeiterInnenklasse beschränkt werden. Die sozialen Garantien in den Metropolen waren immer kombiniert mit Überausbeutungsstrukturen in den Peripherien. In diesem Gefälle, das nicht zuletzt mit den Mitteln des Grenzregimes aufrecht erhalten wird, versuchen die standortunabhängigen »Fluchtindustrien« ihre Profite zu realisieren: in der Logik verlängerter Werkbänke, einer nach Rumänien oder China ausgelagerten Niedriglohnproduktion.

(II) Doch das globale Gefälle ist von Zonierungen und Schattierungen überlagert, gleich einem »Leopardenfell«: Inseln des Reichtums in den südlichen Kontinenten bei gleichzeitiger Ausweitung der Armut und Entrechtungen im Norden. Insofern kann von einem globalen Apartheidregime gesprochen werden, das mit einem hochflexiblen Set komplex abgestufter Rechts- und Zugangsmechanismen ein »produktives System hierarchischer Inklusion« (Hardt/Negri, *Multitude*: 188) bildet. Das moderne Migrationsmanagement der EU, die Kombination von Ausgrenzung und Rekrutierung entlang beschäftigungspolitischer Bedarfsberechnungen, zielt auf eine flexible Zugangsregulierung in Abhängigkeit vom nationalstaatlichen und für die EU als Gesamtregion prognostizierten Arbeitskräftebedarf. Zum einen geht es um die zeitlich befristete Integration hochqualifizierter »ExpertInnen« in wissensintensiven Wirtschaftssektoren, zum

Ende der Beschäftigtenpyramide. Die migrantischen *communities* selbst etablieren in ihrem materiellen Existenzkampf Betriebe mit eigenen Ausbeutungsstrukturen. Illegalisierte MigrantInnen als entrechteter Teil der „working poor“ sind konstitutiv für das Funktionieren des Systems. Die so genannte Ost-Erweiterung mitsamt ihrer kalkulierten Zurückweisung osteuropäischer WanderarbeiterInnen auf die Erfordernisse westeuropäischer Arbeitsmärkte steht exakt in diesem Kontext, ebenso wie die Filterfunktion der neuen Außengrenzen und die Pufferfunktion des europaweiten Lagerregimes.

(III) Die Errichtung und Aufrechterhaltung neuer Grenzen ist nicht nur das Werk von Staat und Kapital, sondern durchaus im Interesse von Beschäftigten mit etablierten sozialen Sicherungen, die zu ihrer Verteidigung – mensch kann es Protektionismus nennen, Schutzrechte oder Privilegien – auch zu Strategien des Ausschlusses greifen. So lässt sich historisch wie aktuell ein Spannungsfeld zwischen etablierten und neu oder temporär einwandernden ArbeiterInnen nachzeichnen, das sich in der ambivalenten Politik der traditionellen Gewerkschaften widerspiegelt. Beispielhaft dafür ist die Politik der IG BAU, die mit der Kampagne „Ohne Regeln geht es nicht“ faktisch zur Denunziation illegalisierter migrantischer ArbeiterInnen aufruft und zugleich das Projekt einer ersten transnationalen Wanderarbeitergewerkschaft gegründet hat.

(IV) Zweifelsohne erfassen die aktuellen Deregulierungswellen, insbesondere die Ausweitung von Niedriglohnverhältnis-



2. April 05 vor einem Lager in Bahnsdorf/Brandenburg



zweiten um die Nachfrage nach Niedriglohnbeschäftigten in den standortabhängigen Sektoren. Dienstleistungsbranchen wie Hausarbeits- und Pflegebereich, Hotelgewerbe, Gebäudereinigung oder Prostitution funktionieren nur über den Einsatz von MigrantInnen am unteren

enden, immer weitere Teile der postfordistischen Gesellschaften, unabhängig von Pass und Hautfarbe. Doch bleibt festzuhalten, dass etwa mit den neuen Zumutbarkeitsregelungen der Hartz-Gesetze die Disziplinierungs- und Aussteuerungsmethoden verallgemeinert werden, die bislang vor

sich die ganze Bedeutung der Selbstorganisationsansätze der Sans Papiers: sei es in den Kämpfen gegen Lager oder für Bleiberecht, sei es in Workers Centers oder Streikaktionen, wie in Vicenza, wo sich am 15. Mai 2002 30.000 ArbeiterInnen am ersten MigrantInnenstreik beteiligten.

Prekarisierung der Existenz

Wenn wir die Dichotomien öffentlich/privat, Produktion/Reproduktion überwinden und die Verbindungslinien zwischen dem Sozialen und dem Ökonomischen sichtbar machen wollen – was unmöglich wäre, wenn »prekär« nur bezogen auf Arbeit beziehungsweise Lohnarbeit verstanden würde –, können wir als prekäre Existenz die Gesamtheit

der materiellen und symbolischen Bedingungen definieren, die für das Leben im Hinblick auf den Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen und die allseitige Entfaltung der Persönlichkeit Unsicherheit bedeuten. Zugleich ist es unmöglich, »Prekarität« heute als eine Besonderheit anzusehen (und entsprechend einen Teil der Bevölkerung »prekär«, einen anderen »garantiert« zu nennen): Die Tendenz zur Prekarisierung des Lebens ist es, was der Gesellschaft ins-

gesamt bevorsteht. Im Alltag ist Prekarität gleichbedeutend mit Arbeits- und Lebenswirklichkeiten, die durch Auflösung gekennzeichnet sind, durch räumliche Fragmentierung und ein intensives Ausfüllen der Zeit, durch die Unmöglichkeit, mittel- und langfristige Pläne zu machen oder irgendwelchen Verpflichtungen nachzukommen. Die Körper werden verletztlich durch die Unterwerfung unter die prekäre Zeit, durch die

Verschiebung der Kräfteverhältnisse (zugunsten des Kapitals), durch die Schwierigkeiten, solidarische gegenseitige Beziehungen aufzubauen, und auch durch die Hindernisse, Konflikte unter den neuen Bedingungen permanenter Mobilität und Veränderung zu führen, deren einzige Konstante der Wandel ist. Die neuen, ständig in Bewegung begriffenen Formen des Lebens sind durchdrungen von den Diskursen und Technologien der Angst und Unsicherheit, Mo-

Bessere Löhne und Papiere!

Interview mit Mónica Santana vom Latinos Workers Center

»Wir haben gute Gründe hier einzuwandern: Wir wollen einen Teil der Reichtümer, die uns geraubt wurden, zurückhaben, nicht nur Englisch lernen«, stellt Mónica Santana energisch klar. Seit sie denken kann, ist sie politisch aktiv. Seit 1994 ist die Dominikanerin in New York. Bei den Arbeitsbedingungen, die für Latinos ohne Papiere in den USA herrschen, ist es schwer reich zu werden. Doch wenn sie sich zusammenschließen, können sie sich für Verbesserungen einsetzen, z.B. im Latinos Workers Center. Die Organisation hat etwa 1200 Mitglieder, finanziert wird die Arbeit mit Spendengeldern. Die Strukturen sind basisdemokratisch, besonders die Beteiligung von Frauen soll erleichtert werden, indem für Kinderbetreuung gesorgt oder auch mal ein Treffen in einer Kirche abgehalten wird, da sich viele Latinas in einem katholischen Ambiente wohler fühlen. Außerdem sei es wichtig, die »Unterschiede innerhalb der Latino-Community New Yorks zu respektieren und gleichzeitig zu versuchen, Gemeinsamkeiten zu finden«, so Santana.

Unsere Organisation sucht Lösungen für die Probleme, die die lateinamerikanische ImmigrantInnen-Community in New York hat – im Arbeitsbereich und in Bezug auf aufenthaltsrechtliche Fragen. Am stärksten konzentrieren wir uns darauf, die Leute zu organisieren und zu mobilisieren im Hinblick auf die miserablen Arbeitsbedingungen – schlechte Behandlung am Arbeitsplatz, niedrige Löhne, prekäre und unsichere Arbeit. Viele ImmigrantInnen arbeiten zwischen 72 und 80 Stunden die Woche. Man kann vielleicht denken, die arbeiten so viel, weil sie mehr verdienen wollen, selber schuld – aber das ist ein Irrtum: Sie verdienen nicht mehr Geld und sie haben sich auch nicht aus freien Stücken dazu entschieden, so viel zu arbeiten. Die Arbeitsmarktbedingungen verlangen dies von den prekär Beschäftigten. Und das sind nicht nur NeueinwanderInnen, sondern auch andere Minderheiten und vielleicht auch ein Teil der armen weißen Bevölkerung in den USA.

triebereiche aufgliedert. Und hier haben unsere Leute ein Problem: Sie arbeiten eine Woche lang auf dem Bau, die nächste Woche als TellerwäscherIn oder Reinigungskraft, je nach dem, was es gibt. Für die Gewerkschaften lohnt sich der Einsatz für diese prekär Beschäftigten nicht, da sie vor allem Tarifverträge aushandeln. Außerdem haben die Gewerkschaften nicht den politischen Willen, sich für prekär Beschäftigte einzusetzen. Unser Verhältnis zu den Gewerkschaften könnte man als Hassliebe bezeichnen. Eine punktuelle Zusammenarbeit ist manchmal möglich, häufig gehen wir aber getrennte Wege, so auch zur Zeit in der Legalisierungsfrage.

Auf euren Versammlungen habt ihr festgestellt, dass ein starkes Bedürfnis danach besteht, Fragen zur Legalisierung zu behandeln. Gibt es eine Verschiebung in eurer Schwerpunktsetzung?

Das Latino Workers Center gibt es jetzt seit ca. zwölf Jahren. In den ersten vier Jahren haben wir uns hauptsächlich auf Arbeitsrechte konzentriert. 1996 gab es einige Gesetzesänderungen in der Migrationspolitik, z.B. wurden Strafen stark erhöht und vermehrt Razzien an den Arbeitsplätzen durchgeführt. Auf unseren Versammlungen oder bei Beratungsgesprächen redeten wir immer von den Arbeitsrechten, was sie einfordern können, welches der Mindestlohn ist, wie Überstunden bezahlt werden müssen etc. Nach dem Gespräch fragten wir die

nehmen und entsprechend zu handeln. Auf einer großen Versammlung 1996 beschlossen wir schließlich mit 99 Prozent der Stimmen, dass wir eine Legalisierungskampagne starten wollten: die »Kampagne für gerechte Löhne und Legalisierung«. Im ersten Jahr knüpften wir Kontakte zu anderen Gruppen, die zu Migrationsfragen arbeiteten, denn uns war klar, dass wir diese Forderungen nicht als einzelne Organisation aus New York stellen konnten. 1996 gab es eine große Demo mit der Hauptforderung nach einer Generalamnestie. Damals haben wir begonnen, mit anderen Latino-Gruppen an der Ostküste zusammenzuarbeiten.

Unsere Bündnisse müssen breiter werden, denn es kann nur eine befriedigende Lösung geben, wenn sie alle ImmigrantInnengruppen einbezieht. Im Moment gibt es z.B. eine Initiative im Kongress, mit der wir überhaupt nicht einverstanden sind: Die Demokraten haben vorgeschlagen, dass alle Personen legalisiert werden, die bis 1999 gekommen sind. Für diejenigen, die danach eingereist sind, wäre die Situation die gleiche wie jetzt. Deshalb lautet unsere Forderung: Generalamnestie, ohne danach zu fragen, warum die Person eingewandert ist oder woher sie kommt, um zu vermeiden, dass das Aufenthaltsrecht nur für bestimmte Personen gilt. Damit haben wir schlechte Erfahrungen gemacht: Die Regierung ist stets dazu bereit gewesen, Flüchtlingen Dokumente zu geben, z.B. 1998 den NicaraguanerInnen, OsteuropäerInnen und CubanerInnen. Die Kriterien dafür waren politisch und ideologisch motiviert: diejenigen zu be-

sam. Deshalb widersetzen wir uns dieser Art von Konditionierung der Aufenthaltsrechte, denn dies schließt die Mehrheit der ImmigrantInnen aus, die wegen ökonomischer Gründe ihre Länder verlassen müssen.

Wie reagiert die etablierte Latino-mittelschicht auf eure Forderungen? Und wie ist das Verhältnis zu anderen „Minderheiten“, AfroamerikanerInnen oder anderen ImmigrantInnen-Gruppen?

In Bezug auf die Latinos, die einen gesellschaftlichen Aufstieg geschafft haben, kann ich dir Folgendes sagen: Erstens wird diese Gruppe immer relativ klein sein und zweitens gibt es unter ihnen kaum jemanden, der nicht einen Verwandten ohne Papiere hat. Natürlich gibt es auch Leute, denen unsere Situation egal ist. Aber viele Geschäftsinhaber z.B. sind auch selber betroffen: Häufig bevorzugen sie Angestellte aus der eigenen community und wenn diese nicht an Papiere rankommen, haben auch die Arbeitgeber ein Problem. Klar haben sie den Vorteil, dass sie sie besser ausbeuten können, aber seit dem 11. September haben sie mehr Angst davor, dass es in ihrem Geschäft eine Inspektion gibt. Früher konnte der Arbeitgeber sich einfacher rausreden und sagen, dass er nichts wusste, aber jetzt gibt es ein neues System, mit Hilfe dessen sich der Arbeitgeber viel besser über den Status seiner Angestellten informieren kann, wozu er außerdem verpflichtet ist. In Bezug auf andere Minderheitengruppen kann ich dir sagen, dass es nicht einfach ist, Koalitionen zu schmieden: Die Sprache ist ein wichtiger Faktor, außerdem gibt es Ängste und Vorurteile – auf beiden Seiten.

Die AfroamerikanerInnen sehen den Einwanderer oft als den Feind an, der ihnen die Arbeit wegnimmt. Dabei ist eine Allianz zwischen uns und ihnen sehr wichtig, weil es ihnen genauso beschissen geht wie uns! Ihre Kinder gehen auf die gleichen Schulen wie unsere Kinder, nämlich die schlechtesten von allen. Häufig haben sie so wie wir keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Wir leben in den gleichen heruntergekommenen und überfüllten Vierteln wie sie. Sie haben ähnlich niedrige Löhne wie wir. Natürlich sind die ArbeitgeberInnen bei den AfroamerikanerInnen etwas vorsichtiger. Wenn sie etwas falsch machen, haben sie direkt einen Skandal am Hals. Die AfroamerikanerInnen lassen sich längst nicht mehr alles gefallen, im Gegensatz zu Latinos oder anderen ImmigrantInnen. Aber leider ist diese Einsicht kaum verbreitet, dass wir als ArbeiterInnen in der gleichen Situation sind. Innerhalb der Führungsgruppen der AfroamerikanerInnen hat sich diese Haltung mittlerweile durchgesetzt, aber das reicht noch nicht aus. Wir müssen von der Basis der beiden communities aus ansetzen und gemeinsam kämpfen. Für die AsiatInnen und AraberInnen war es bis zum 11. September 2001 kein Problem, keine Papiere zu haben, sie wurden so gut wie nie kontrolliert – im Gegensatz zu den Latinos, die schon immer auf der Arbeit genau kontrolliert wurden. Oder wenn es irgendwo Ärger gab, kam die Polizei direkt mit einem Mitarbeiter der Einwanderungsbehörde. Diese Unterschiede in der Behandlung erschweren natürlich den Aufbau von Bündnissen. Nach dem 11. September hat sich das geändert – jetzt engagieren sich AsiatInnen und vor allem AraberInnen sehr stark mit uns im Kampf um die Legalisierung.

Welche konkreten Aktionsformen habt ihr?

Wir machen z.B. Weiterbildungswshops, in denen die Leute lernen, welche Rechte sie als ArbeiterInnen haben, und was sie tun können, wenn eines dieser Rechte verletzt wird. Wir unterstützen die Leute dabei, wenn sie einen Arbeitgeber verklagen wollen, allerdings nehmen wir das nicht in die Hand, sondern lassen sie selber machen. Dieser juristische Weg reicht allerdings in den seltensten Fällen aus, deshalb kombinieren wir diese Schritte mit Öffentlichkeitsarbeit, kontaktieren die Medien, verteilen Infos darüber, dass an diesem oder jenem Ort Arbeitsrechte verletzt werden, und fordern die KundInnen auf, die entsprechende Firma bzw. ihre Produkte oder Dienstleistungen zu boykottieren. Diese öffentlichen Aktionen sind allerdings seit dem 11. September stark zurückgegangen, weil die Angst der Leute, sich ausweisen zu müssen, gewachsen ist. Vorher hatten wir fast wöchentlich eine Aktion vor einem Restaurant, einer Näherwerkstatt oder einem Geschäft. Außerdem wollen wir nicht auf Teufel komm raus in die Medien kommen. Es kann nicht darum gehen, rechtmäßig zustehenden Lohn, Entschädigungen etc. einzuklagen und danach verlieren die Betroffenen ihren Arbeitsplatz, und nichts ändert sich – das wäre ja nur Aktionismus, ohne die Probleme grundlegend anzugehen. Um die Situation wirklich zu verändern, muss eine Legalisierung stattfinden – denn die Grundlage für viele Arbeitsrechtsverletzungen ist die Tatsache, dass die ArbeiterInnen keine Papiere haben.

Das Interview führte Britt Weyde im Juni 2004 in Dortmund. Es erschien erstmals in *ila* 277, Juli-August 2004.



ist, dass sich die Community selbst organisiert.

Ein Beispiel wäre die Gewerkschaftsmitgliedschaft. In den USA sind die Gewerkschaften entlang der verschiedenen Indus-

Leute, ob sie noch irgendwelche Fragen hätten, und alle stellten immer wieder die Frage »Wie komme ich an Papiere ran?«, auch wenn wir vorher über etwas ganz anderes geredet hatten! Deshalb habe ich der Organisation vorgeschlagen, die Hauptbedürfnisse der community ernst zu

günstigen, die gegen den Kommunismus gekämpft hatten. Weitere Kriterien sind Naturkatastrophen oder Bürgerkriege – aber soll ich mir etwa wünschen, dass mein Land überflutet oder vom Hurrikan oder Krieg verwüstet wird, damit ich in den USA Papiere bekomme? Das ist grau-

menten der Kontroll- und Unterwerfungsdispositive der Macht. Doch zugleich, und das ist der Einsatz, sind jene Lebensformen in der Lage, neue – individuelle und kollektive – Körper zu schaffen, die Grundlagen einer neuen Logik der Fürsorge, die, im Gegensatz zur Vorteilslogik, die Bedürfnisse und Wünsche der Personen in den Mittelpunkt stellt, die Wiederaneignung der Lebenszeit und der kreativen Möglichkeiten in ihrer Gesamtheit.

Netzwerk Gesellschaft

Der gesellschaftliche Zusammenhang, in dem wir gegenwärtig leben, ist netzwerkförmig. Die Fabrik hat sich ins Soziale ausgedehnt und das gesellschaftliche Leben zur Haupttriebkraft der Produktion gemacht. Die Konjunktur der Kämpfe in den 1960er und 1970er Jahren, zugleich auch die Veränderungen der Märkte und der starke Druck der Konkurrenz im

Zuge der Globalisierung zwangen die Unternehmen, Techniken und Technologien zu entwickeln, die sie mobiler und flexibler werden ließen, um so besser auf Konflikte und Krisen reagieren zu können: Das Überleben eines Unternehmens hängt heute zum einen ebenso von der Fähigkeit ab, politische, institutionelle und soziale Bedingungen zu verstehen und Gelegenheiten zu ergreifen, wie von der Verfügbarkeit von Rohstoffen, Software, Maschinerie und Ar-

beitskräften; zum anderen aber auch von den Möglichkeiten, in kürzester Zeit auf Schwankungen der Nachfrage zu reagieren beziehungsweise – durch die Identifikation von Bedürfnissen, Wünschen und Lebensformen wie durch die Produktion von Zeichen – die Nachfrage nach einem Produkt zu schaffen, noch bevor es produziert wird. Eine Schlüsselstellung

(Fortsetzung nächste Seite)

»Das Gefühl, etwas wert zu sein«

Ein-Euro-Jobs als humanitäres Projekt

Das schlechte Gewissen nagt: war mein Austritt aus ver.di am Ende doch übereilt? Hätte ich mehr Geduld aufbringen müssen, wobei zu bedenken ist, dass 30 Jahre Mitgliedschaft kein Pappenstiel sind?

Den Facharbeiter im Blick, haben sich traditionell die Gewerkschaften nie sonderlich für Erwerbslose interessiert. Hie und da haben sie aber für uns gekämpft: für verliehene Arbeitslose wurde ein Tariflohn von 6,85 € brutto die Stunde ausgehandelt. Und es gibt Erwerbslosenausschüsse bei ver.di, bei denen man das Thema ablegt, malträtiert, vergisst. Wie aber steht ver.di zu den Ein-Euro-Jobs? Immerhin handelt es sich um rechtlose, informelle Arbeitsverhältnisse: 1 bis 1,50 € die Stunde, kein Arbeitsvertrag, keine Sozialversicherungsbeiträge, kein Geld bei Krankheit oder Urlaub, - und dies alles unter Zwang. Eine alte - allseits tolerierte - Tradition für SozialhilfebezieherInnen wurde aufgegriffen und jetzt flächendeckend ausgeweitet. Die Assoziation mit dem Reichsarbeitsdienst drängt sich zunehmend auf. Für 1 bis 2 Reichsmark am Tag, mitunter mit einem warmen Mittagessen oder Fahrtkosten; die Kommunen regelten das unterschiedlich. Wer drei Tage hintereinander nicht zur Arbeit erschien, verlor alle Bezüge. Es ging nicht allein um deren Unterbringung in Lagern oder Kasernen. Man wohnte zu Hause und vollzog den Befehl der Arbeitsämter. Das Motto lautete: »Keine Leistung ohne Gegenleistung«.

Rechtlose Arbeitsverhältnisse unter Zwang müssten die Gewerkschaften auf den Plan rufen, wegen der Angriffe auf Arbeitnehmerrechte, auch auf die der noch vermeintlich fest Angestellten. Dafür sind sie da. Und tatsächlich: ver.di drückt sich nicht vor einer Positionsbestimmung. Auf ihrer Internetseite verweisen sie zuallererst auf die Ombudsstelle der Bundesregierung (u.a. getragen von Kurt Biedenkopf), an die man sich bei Problemen wenden solle. Und dann die Stellungnahme zu den Ein-Euro-Jobs, in der es unter anderem heißt: »Eine Verurteilung des Instruments kann bei ihnen (den Ein-Euro-Jobbern) schnell als Verurteilung ihrer Entscheidung ankommen und könnte sie davon abhalten, bei uns Rat und Unterstützung zu suchen...Ver.di ist Schutzmacht im Wandel.« Der Atom stockt. Dabei ist der Vorsitzende Birske durchaus rebellisch. In der Ausgabe der hauseigenen Schrift *Publik* spricht er sich für Proteste gegen den Hartz IV-Komplex aus, die er für berechtigt hält. Weiter führt er aus: »Das ist nicht gegen die rot-grüne Regierung gerichtet. Die Opposition hat die Verschlechterung mitbeschlossen, einige sogar aktiv in die Gesetzgebung hineingedrückt.« Die »schlimmsten Auswüchse« will die Gewerkschaft aber »abfangen«. Rational sind diese Eiertänze zunächst nicht vollständig zugänglich. Um ihre Akzeptanz dieser Arbeitsverhältnisse zu vernebeln, werden erhebliche Anstrengungen und Windungen unternommen, um das Humane obsiegen zu lassen, die Schutzmacht lässt uns nicht allein. Weder wird über Rechtlosigkeit geredet noch über Zwang - ganz im Gegenteil: Man sorgt sich um unser Selbstwertgefühl - nicht um das der gedemütigten Erwerbstätigen, sondern um das der Erwerbslosen. So will z.B. der Dresdner

Bürgermeister uns »das Gefühl geben, etwas wert zu sein«, und plant den Arbeitseinsatz für 5.000 Personen. Auch die DIHK ist überzeugt, dass Langzeitarbeitslose durch die Ein-Euro-Jobs »ein höheres Selbstwertgefühl und bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt« erhalten. Hans-Werner Sinn vom ifo-Institut schließt sich dieser konstruktiven Sicht an und spricht von einem »gestärkten Selbstwertgefühl, aber auch über den Vorzug »sozialer Kontakte«.

Hier wird eine relativ neue Argumentationsebene beschritten, nämlich - ähnlich wie bei ver.di - der fürsorgliche Staat, die menschlich beunruhigten Unternehmerverbände. Alle sind im Grunde willens, Gutes zu tun, und dies wird ihnen von einem Großteil der Bevölkerung offenbar abgekauft.

In der Realität dominiert dagegen eher die Raffgier. Überhaupt fällt auf, wie wohlgesonnen Wohlfahrtsverbände, feministische oder grün-alternative Vereine und kommunale Einrichtungen auf die Ein-Euro-Jobs reagieren, können sie doch weitere Arbeitsplätze abbauen und eine »Entschädigung« für ihren Verwaltungsaufwand von bis zu 350 € pro Kopf und Monat abbassieren. Aber auch viele Erwerbslose greifen erfreut zu, zum einen, weil die Grundsicherung in der Tat nicht zum Leben reicht, zum anderen aber auch, weil man einem Marschbefehl eben gehorchen muss. Ein Frankfurter Beispiel: Die »Gemeinnützigen Frankfurter Frauenbetriebe« (GFFB) orderten im September 2004 sage und schreibe 360 Ein-Euro-Jobber, - Dolmetscher, EDV-Fachleute, Bibliothekare, Hausmeister, Seniorenbetreuer, Bürohilfen etc. Über entsprechende Einrichtungen verfügen sie nicht, aber egal, die Erwerbslosen werden eben an andere verliehen, die den Status der Gemeinnützigkeit innehaben oder »im öffentlichen Interesse« arbeiten. Der Trick: Sie kassieren die o.a. Aufwandsentschädigung (das Kopfgeld), zahlen davon die »Verdienst« (Löhne sind es ja nicht) inklusive einer ermäßigten Monatskarte aus und sacken den Rest ein. Gemeinnützig? In öffentlichem Interesse? Viele bekümmert es nicht, da es offenbar inzwischen ein öffentliches Interesse gibt, mit Erwerbslosen Handel zu treiben.

Die Wohlfahrtsverbände stehen hinter solchen Vereinen nicht zurück. Der Markt ist einfach zu attraktiv, um nicht mitzumischen. Die Caritas Frankfurt hat gegenwärtig in der Universität plakatiert, um für Ein-Euro-Jobber unter den Hochschulabsolventen zu werben und zu einer Veranstaltung einzuladen. Man möchte »mit interessierten AkademikerInnen zusammen ... neue Ideen und Projekte für bedarfsgerechte Arbeitsgelegenheiten entwickeln«, um Arbeitserfahrungen zu ermöglichen und die Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen. Man will helfen, - mit Chancen, Brücken und Angeboten. Vermutlich hängt diese Euphorie im Ausbau der Zwangsdienste bei der Caritas mit einem anderen Projekt zusammen: Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium soll bundesweit jetzt mit 15

Filme

No Lager - Nowhere!

deutsch/englisch, 39 Minuten, Berlin 2005
Eine Europäische Film-Co-Production, VHS und DVD
Der Film dokumentiert unterschiedlichste Erfahrungen und Aktionen aus acht Ländern: eine Anklage der Betroffenen einerseits, aber vor allem ein Patchwork des Widerstandes, das Mut machen und anregen soll, die Kämpfe gegen das Lagerregime zu intensivieren und über alle Grenzen hinaus bekannt zu machen.
Weitere Informationen: www.nolager.org
Bezugsadresse per Email: frassainfo@kein.org

Spargel-Ernte

Von 18 Frauen aus Arad, die ihr Recht erstritten
Dokumentation, 2004, 12 Minuten, VHS Pal, verfügbar in deutsch, englisch, rumänisch
Zur Erntezeit im Frühjahr 2002 reisen 18 rumänische Frauen als Saisonarbeiterinnen in die hessische Spargelmetropole Lampertsheim. Nach einem Monat stellen sie fest, dass der Arbeitgeber den vereinbarten Lohn nicht zahlen will. In dem Film erzählen vier der 18 Frauen die Geschichte ihres Arbeitskampfes. Sie berichten über ihre Motivation, als Saisonarbeiterinnen nach Deutschland zu pendeln, und wie es zu der Entscheidung kam, sich gegen ihren Arbeitgeber zu wehren. Der Film gibt Betroffenen erste Tipps, wie sie ihre Arbeitsrechte durchsetzen können.
Kontakt und Verleih: amplitude@kein.org

Prearity Précarité Precariedad Precarietà

englisch, französisch, italienisch, spanisch, koreanisch, japanisch 197 Minuten, Rom 2005
Eine P2P-Fightsharing DVD, in Kollaboration mit Candida TV, Greenpepper Project und Altracosa

Prekäres Leben und Flexibilität ist das Thema der 17 Clips aus Materialien und Dokumentationen unterschiedlicher Initi-

ativen, Netzwerke und Einzelpersonen über mehrere Kontinente hinweg. Eine Werkzeugkiste für die Untersuchung der zunehmenden Prekarisierung der Existenz.

„MayDay! MayDay! We are the precariat. We are hireable on demand, available on call, exploitable at will and firable at whim. We have become skillful jugglers of jobs and contortionists of flexibility. But beware, we are agitating with a common strategy to share our flexfights.“

Mit dabei: Intermittents du spectacle, Precarias a la deriva, McStrike, Chainworkers, Naomi Klein & Avi Lewis, Adbusters Japan, Michael Moore, Korea Telecom Workers, YoMango, San Precario, Mayday Milano, Mayday Barcelona, Clean Clothes Campaign, Contrato Basura
Weitere Informationen: www.greenpepperjournal.org

A la deriva por los circuitos de la precariedad femenina

spanisch, englisch 51 Minuten, Madrid 2003
Precarias a la deriva, DVD
Der Film unternimmt einen Streifzug durch die Dimensionen prekärer Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse von Frauen unterschiedlicher Herkunft und biographischer Hintergründe. Die Gruppe Precarias a la Deriva ist eine Initiative zwischen Forschung und Aktivismus, die aus dem feministischen Sozialzentrum La Eskalera Karakola in Madrid hervorging. „Es ist schwierig für uns, uns auf der gemeinsamen Basis von Prekarität auszudrücken und zu definieren, einer Prekarität, die auf eine eindeutige kollektive Identität verzichtet, in der sie sich simplifiziert und verteidigt, die aber nach einer Form der gemeinsamen Verortung verlangt. Wir müssen über die Entbehrungen und den Exzess unserer Lebens- und Arbeitssituationen sprechen, um der neoliberalen Fragmentierung zu entkommen, die uns von einander trennt, schwächt und zu Opfern von Angst, Ausbeutung oder dem Egoismus des 'jede für sich allein' macht. Allem voran wollen wir durch die Aufnahme eines gemeinsamen und kreativen Kampfs die kollektive Schaffung alternativer Lebensentwürfe ermöglichen.“
Weitere Informationen: www.sindominio.net/karakola/precarias.htm

Agenturen zur Tat geschritten werden (Laufzeit bis 2007); man will untersuchen, »wo weitere Ein-Euro-Jobs geschaffen werden können«, meldete der *Tagesspiegel* Anfang April 2005. In dieser Funktion der »Arbeitgeberberatung« soll im Gesundheits- und Sozialbereich, aber auch in Privatunternehmen ausgelotet werden, welche »Einfachstättigkeiten« es gibt. Finanziert wird das Projekt mit Fördergeldern der EU. Das Gute ist unerbittlich. Man sieht, Lohndumping, entrechtete Arbeitsverhältnisse, Entwürdigung und Zwang sind hinnehmbar angesichts der Ausbeute. Man hat den Lebensstandard der Erwerbslosen so weit heruntergeholt, dass sie nahezu geräuschlos mitspielen. Und ein Bewusstsein bürgerlicher Freiheitsrechte war ohnehin nie so ganz unsere Sache.

Die Akzeptanz ist also mehrdimensional zu sehen: das Kooperationsprojekt zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften, die Raffgier der Träger sowie die materielle Not und der Gehorsam vieler unter den Betroffenen. Einen Aspekt habe ich noch nicht genannt, und dies kommt erschwerend hinzu: laut Umfrage ist Bundespräsident Horst Köhler derzeit der beliebteste Politiker. Gibt es eine Tendenz zum Masochismus, sind die Propagandisten endlich am Ziel oder haben wir die Bevölkerung in weiten Teilen falsch eingeschätzt?

Christa Sonnenfeld

Der Originalbeitrag erscheint als Kommentar im links-netz (www.links-netz.de).

Can't Buy Me, Love

Solange die Gesellschaft auf Geld beruht, können wir nicht genug davon haben.

Dieser Slogan taucht auf einem Flugblatt während eines Streiks in Paris auf. Diesem Satz würden wahrscheinlich viele zustimmen, und noch einen Job annehmen. Mehr Geld heißt in dieser Gesellschaft: Mehr arbeiten. Und kaum eine Politikerrede kommt ohne den Hinweis aus: Mehr Jobs gibt es nur, wenn es den Unternehmen gut geht. Die Realität sieht anders aus: Während es den Unternehmen immer besser geht, verdienen wir immer weniger Geld und müssen dafür auch noch immer länger arbeiten. Trotzdem arbeiten wir. Die wenigsten arbeiten aus Vergnügen. Von Spaß kann hinter Supermarktkassen und in Callcentern keine Rede sein. Der hundredste Auftrag, die Feier eines Sportvereins zu fotografieren, hat mit Selbstverwirklichung nichts zu tun. Die meisten von uns arbeiten, weil Arbeit als der einzige Weg erscheint, um an Geld zu kommen, und weil ein bisschen Geld immer noch besser ist als gar keins. Ohne Geld ist in dieser Gesellschaft ein schönes Leben schwer vorstellbar. Doch was nützt uns das Geld für einen Besuch im Kino, wenn wir keine Zeit mehr dafür haben.

Als die Streikenden in Paris das Flugblatt geschrieben haben, haben sie sicherlich nicht an Überstunden gedacht. Sie haben daran gedacht, gemeinsam für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der ein schönes Leben für alle und nicht die Gewinne weniger im Mittelpunkt stehen. Doch was hat das mit den Verhältnissen hier in Hamburg zu tun, mit der Vereinzelung und Ohnmacht, die wir tagtäglich erleben? Von Callcentern über Cafés bis hin zu Haushalten. Die Orte, an denen wir ausgebeutet werden, sind zahllos. Genau

diese Unüberschaubarkeit und Zersplitterung hindert uns daran, das Gemeinsame unserer Lage zu erkennen. Doch unser Alltag besteht nicht nur aus Ohnmacht und Anpassung. Wer von uns hat nicht schon mal während der Arbeit kopiert oder im Supermarkt geklaut? Wer von uns hat nicht schon Stempel für Konzerte gefälscht oder ist schwarzgefahren? Wer von uns hat nicht schon CDs gebrannt oder ist über den Zaun des Schwimmbads geklettert? Unzählige Male haben wir individuell die Entscheidung getroffen, uns nicht damit abzufinden, zu wenig Geld zu haben. Unzählige Male haben wir uns der Gleichung »mehr Geld = mehr Arbeit« verweigert.

Doch Klauen und Schwarzfahren sind nicht nur Ausdruck der Verweigerung. Sie sind häufig mit Angst und Verzweiflung verbunden. Sie sind auch Ausdruck davon, dass wir noch nicht in der Lage sind, uns gemeinsam ein schönes Leben zu erkämpfen. Deshalb ist klar: Wir wollen nicht länger alleine über den Zaun in der hintersten Ecke des Schwimmbads klettern, sondern gemeinsam mit vielen anderen über das Drehkreuz des Haupteingangs springen. Wir wollen nicht länger mit einem mulmigen Gefühl in der Schlange im Supermarkt stehen, sondern mit vielen anderen die vollen Einkaufswagen an den Kassen vorbeischieben. Im Alltag spüren wir, was es bedeutet, in dieser Gesellschaft zu leben und zu arbeiten. Im Alltag müssen wir die Antworten darauf finden.

Hamburg Umsonst

Redebeitrag für den Euromayday

(Fortsetzung von Seite 5)

nimmt somit die Vervielfältigung von Verknüpfungen ein, eine flexible und netzwerkförmige Organisation, die den größtmöglichen Informationsfluss über lokale und internationale Märkte ebenso erlaubt wie das unmittelbare Reagieren des Produktionsapparates auf diese Informationen. Daher werden Externalisierung, Delokalisierung und Flexibilisierung zu entscheidenden Merkmalen; zugleich ist es die kom-

munikative Arbeit, die Verbindungen herstellt und so zum Dreh- und Angelpunkt der Produktion wird, zur aktiven Schnittstelle im Netzwerk.

Das Paradox dieser Veränderungen besteht darin, dass die beschriebenen kommunikativen Fähigkeiten, die Möglichkeit, Beziehungen zu knüpfen, die im Zentrum der heutigen Ökonomie stehen, nicht einer isolierten Arbeiterin zukommen, sondern dass sie dem jeweils besonderen sozialen Geflecht einge-

schrieben sind (dort ihre Form annehmen und sich verändern), dem die Arbeiterin angehört. Anders gesagt, innerhalb des Netzwerks *arbeitet* die Konsumentin, die Zuschauerin, die Bürgerin, indem sie eine Wahl trifft: für dieses Produkt und nicht für jenes, für dieses Programm, für diesen Kandidaten. Und die Subalternen arbeiten, indem sie beispielsweise eine neue Art erfinden, die Hosen zu tragen (und sei es aus Mangel an Geld), was dann ein Trendscout an einen Modemulti verkauft. Hier liegt die Krux:

Auch wenn die Arbeit von allen gemeinsam geleistet wird, erfolgt die Bezahlung individuell und zwar im Grunde willkürlich.

Grenzen

Die Prekarisierung betrifft uns alle, doch zugleich durchschneidet sie die Gesellschaft entlang stratifizierter Achsen, entlang von *gender*, *race* und *age*, aber ebenso auch entlang anderer Merkmale: So

Webseiten:

<http://www.labournet.de>

Virtueller Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch, Internetplattform der Gewerkschaftslinken ...

mit einem Schwerpunkt zu Prekarisierung unter:

<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekater/index.html>

<http://www.elexir-a.org>

Webseite der antirassistischen Gruppe Elexir-A, die gemeinsam mit der Flüchtlingsinitiative Brandenburg seit Ende 2001 eine Kampagne gegen Lohnraub und Arbeitsverbote begonnen hat. Erste Auswertung und viele weitere Informationen und Links ...

<http://www.respect-netz.de>

Webseite des europäischen Netzwerkes zur Unterstützung von MigrantInnen mit vielen Tipps und Rechthilfe, z. T. in mehreren Sprachen in Sachen Lohnbetrug, Mindestlohn, Unfallschutz ... unter:

<http://www.respect-netz.de/pages/tipps.htm>

insbesondere zur Durchsetzung von Lohnansprüchen bei fehlender Aufenthalts- oder Arbeitslaubnis unter:

<http://www.respect-netz.de/pages/durchsetz.htm>

<http://www.schutzzehe.de>

Leitfaden, Tipps, Erfahrungen in sieben Sprachen über das Heiraten zum Zweck der Aufenthaltssicherung

<http://www.nolager.de>

Deutsch-englische Webseite über das deutsche, europäische und globale Lagersystem; Dokumentation und Mobilisierung des Anti-Lager-Widerstandes

<http://thistuesday.org>

Englischsprachige Webseite zu Migration, Arbeit und transnationaler Organisation

<http://www.prol-position.net>

Englischsprachige Webseite zu internationalen Arbeitskämpfen

<http://www.noborder.org>

<http://www.nolager.org>

Englischsprachige Webseiten des Noborder-Netzwerkes mit News-Sektion und internationalen Kampagnen gegen Grenzregime, Lager, Abschiebungen, IOM ...

<http://www.rechtauflegalisierung.de>

Webseite der gleichnamigen Kampagne, die im Herbst 2003 begonnen wurde. Beteiligt sind verschiedene Gruppen und Organisationen

<http://www.kanak-attak.de/>

Eine onlineversion dieser Zeitung findest Du an dieser Stelle

Frassanito Goes Euromayday

Frassanito ist eine kleine Stadt im süditalienischen Apulien, in der im Sommer 2003 ein Noborder-Camp stattgefunden hat. Während dieses Camps waren es zunächst Initiativen und Einzelpersonen aus Italien, Frankreich und Deutschland, später auch aus Spanien, Griechenland, Großbritannien und Slowenien, die sich als loses Netzwerk konstituierten, um gemeinsam auf Migration bezogene politische Initiativen in den Europäischen Sozialforen (2003 in Paris, 2004 in London) zu stärken und zu koordinieren. So entstand das transnationale »Frassanito Network«.

Migrationen als soziale Bewegungen zu begreifen, ihre Autonomien und offensiven Momente zu betonen sowie die Verbindungslinien zu anderen sozialen Auseinandersetzungen hervorzuheben, sind gemeinsame politische Ausgangspunkte des Frassanito-Netzwerkes, das während des Londoner Sozialforums – in Workshops und Meetings sowohl innerhalb des ESF wie in den verschiedenen autonomen Räumen – wichtige Impulse geben konnte.



Freedom of Movement and the Right to Stay

Europaweiter Aktionstag am 2. April in über 50 Städten

Von Athen bis Manchester, von Malaga bis Göteborg, von Ljubljana bis Calais, in über 50 Städten quer durch Europa hatten migrationsbezogene Initiativen zu kleineren und größeren Aktionen mobilisiert. Die Forderungen nach »voller Freizügigkeit und uneingeschränktem Bleiberecht« standen im Mittelpunkt eines entsprechenden Aufrufs, der rund um das Europäische Sozialforum (ESF) im Oktober 04 in London entstanden war, und den in den letzten Monaten immer mehr Gruppen und Organisationen unterzeichnet hatten. Im vergangenen Jahr war erstmals zu

solch einem gemeinsamen Aktionstag mobilisiert worden, der »2nd Day of Action« jetzt am 2. April 2005 brachte nicht nur quantitativ eine Steigerung. Weitaus mehr Initiativen hatten zur Vorbereitung und Koordination auf europäischer Ebene beigetragen, und die Beteiligung von Selbstorganisationen der MigrantInnen und Flüchtlinge hat in vielen Ländern beträchtlich zugelegt.

In mindestens elf europäischen Ländern wurde zu Demonstrationen, Kundgebungen oder Besetzungsaktionen mobilisiert, Schwerpunkte lagen vor allem wieder in

Italien und Großbritannien, aber auch in Deutschland gab es in mehreren Städten kleinere Aktivitäten.

Immerhin 200 AktivistInnen, darunter zur guten Hälfte selbstorganisierte Flüchtlinge, kamen zur »Mini-Anti-LagerAction-Tour«, und machten mit bei einer gelungenen und entschiedenen Protestaktion in einem »Dschungellager« in Brandenburg. (Siehe Foto)

Die mit Abstand größte Demonstration am 2. April fand allerdings in Athen statt: Über 5000 Menschen beteiligten sich, zum überwiegenden Teil MigrantInnen, die damit insbesondere ihrer Forderung auf Legalisierung Nachdruck verliehen haben. Und diese hervorragende Mobilisierung schafft zudem eine gute Grundlage dafür, dass migrationsbezogene Forderungen beim nächsten Europäischen Sozialforum eine noch bedeutendere Rolle gewinnen können. Schließlich findet das 4. ESF im Frühjahr 2006 in Athen statt.

Weitere Informationen und Fotos vom 2. April unter www.noborder.org.



Impressum

Le monde précaire. Zeitung für den Euromayday 2005.

Eine Kooperation des Frassanito-Netzwerkes - Sektion Almania. Die Inhalte unterliegen einem Creative Commons Lizenzvertrag (Namensnennung und nicht-kommerzielle Weitergabe unter gleichen Bedingungen). Um die Lizenz anzusehen, gehen Sie bitte zu <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/de/> oder schicken Sie einen Brief an Creative Commons, 559 Nathan Abbott Way, Stanford, California 94305, USA.

Redaktion: Sara Percino, Hamburg (v.i.S.d.P.)
Verlag: Precarious News, Metzgerstraße 8, D-63450 Hanau
Layout: Micho LePorsch
Druck: Caro-Druck, Frankfurt

spielen in erster Linie finanzielle Ressourcen und Bildung eine Rolle; ferner die Beziehungs- und Unterstützungsnetzwerke, deren Teil wir sind und die uns helfen, dem Unvorhersehbaren und dem Ungewissen zu begegnen; an dritter Stelle kommt die Mobilität: Ganz ähnlich den Unternehmen bedeutet mehr Mobilität, mehr Möglichkeiten zu haben; doch Vorsicht: Wenn wir aus irgendwelchen Gründen, sei es körperlich oder psychisch, weil wir uns um jemand kümmern müssen oder weil wir über

nicht genügend materielle und/oder intellektuelle Ressourcen verfügen, nicht im rechten Augenblick mobil sind, dann ist uns nicht mehr zu helfen. Und schließlich: Der Grad der Prekarisierung hängt ganz entscheidend davon ab, woher wir kommen und wie unsere rechtliche Situation ist: Wer aus dem globalen Süden oder Osten auf der Suche nach einem besseren Leben, auf der Flucht vor Ausbeutung und Unterdrückung nach Europa kommt, muss nicht nur physisch Grenzen, die immer häufiger militarisiert

sind, überqueren, sondern zugleich einen ganzen Parcours mit rechtlichen Barrieren durchlaufen, die von der europäischen Politik zur Kontrolle der Immigration errichtet wurden und die Rechte abgestuft gewähren: von Sans Papiers – was soviel heißt wie: ohne Rechte – bis zu vollen Bürgerrechten. Diese Grenzen gehören zu den erbittertesten Gegnerinnen jedes Kampfes gegen die Prekarisierung der Existenz, denn sie produzieren eine tatsächliche Apartheid, auf dem Arbeitsmarkt und in der

Gesellschaft, sie trennen und prekarisieren, und sie schüren die Angst vor dem Anderen. Um dem, um diesen Grenzen etwas entgegen zu setzen, um sie zu unterlaufen, müssen wir Räume der Vermischung schaffen, Allianzen zwischen Präkären und Sans Papier, zwischen hier und dort, müssen wir das Gemeinsame produzieren. Der europaweite Aktionstag am 2. April dieses Jahres für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht bietet ein Beispiel dafür.

Einige Precarias a la deriva

Mayday Mayday

Flexibilität, Mobilität, Innovation lauten die Schlagworte, die sich der Kapitalismus heute auf seine Fahnen schreibt. Sandro Mezzadra und Gigi Roggero erinnern daran, dass dieses Vokabular den subversiven Bewegungen der vergangenen Jahrzehnte entstammt; und auch heute wieder verbinden sich damit emanzipatorische Haltungen in den sozialen Kämpfen.

Arbeits- und soziale Rechte sind im vergangenen Vierteljahrhundert ausnahmslos in eine Krise geraten. Was das in erster Linie heißt, springt sofort ins Auge: Es sind die MigrantInnen, die in Abschiebeknästen interniert sind, die in der Landwirtschaft oder in Klitschen ausgebeutet werden. Hier zeigt sich die gnadenlose Seite der berühmt-berüchtigten Flexibilität. Und es ist allgemein bekannt, dass diese gnadenlose Seite nicht bloß MigrantInnen betrifft: Hinter sozialen Rechten des Typus »light« und deshalb flexibel, die den formalen Rahmen abgeben, in dem sich die alltägliche Jagd auf die vielfältigen Möglichkeiten, die der Markt so bietet, abspielt, zeichnen sich Individualisierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse ab, die im Kern von einer Logik der Unterwerfung, der persönlichen Knechtung geprägt sind. Zunehmend, wenn auch nicht linear, was der Vielzahl unterschiedlicher sozialer Lagen und Gestalten entspricht, betrifft diese Logik die gesellschaftliche Arbeit in ihrer Gesamtheit.

Nicht etwa, dass in den Jahren des »Fordismus« die Arbeitsverhältnisse von persönlicher Unterwerfung frei gewesen wären. Doch unter dem Druck kollektiver Kämpfe kam es auf rechtlicher Ebene zu einer Ausweitung von Ansprüchen und Garantien, und schließlich wurden diese Ansprüche und Garantien unabdingbares Moment demokratischer Bürgerrechte. Nun ist es gewiss nicht sinnvoll, den Fordismus nostalgisch zu verklären und ihn sich als eine Art »verlorenes Paradies« vorzustellen. In erster Linie nicht, weil dabei die subjektiven Wurzeln der Krise des Zusammenhangs von Arbeits- und sozialen Rechten, wie er unter den Bedingungen industrieller Massenproduktion Form annahm, aus dem Blick geraten. Hinter dieser Krise stehen die politischen und sozialen Verhaltensweisen einer bestimmten Klassenzusammensetzung, die sich als *Verweigerung* gegenüber der Arbeitsdisziplin ausdrückten, als *Verweigerung* gegenüber dem »Lebenslänglich in der Fabrik«. Hinter der Krise steht also die Entdeckung, dass die genannten Rechte in ihrer Gesamtheit ambivalent bleiben, da sie zwar bestimmte Garantien bieten, doch zugleich die Fesseln sind, die ans Fließband – und nicht nur daran – ketten.

Es gibt also kein Zurück. Ganz im Gegenteil. Und dieses Bewusstsein fängt an, in den Verhaltensweisen und in den Kämpfen der Multitude lebendig zu werden: In den wilden Streiks der Prekären, etwa am Flughafen Rom/Fiumicino, oder in den Aktionen der Beschäftigten im öffentlichen Transportsektor, die schließlich die Flexibilisierung der Arbeit in eine Flexibilisierung des Konflikts gewendet haben. Oder in der autonomen kommunikativen Praxis des metropolitanen Kognitariats, etwa in Mailand, wo die Kommunikation das Zentrum der Produktion des Reichtums ausmacht: hier ist es die *net economy*, die nach dem Absturz der Börsenkurse gekippt wird, im körperlichen Sinn, durch die *net parade*. Doch das Bewusstsein, von dem wir hier sprechen, ist auch in den

Blockadeaktionen in der Basilicata gegen das Atommülllager bei Scanzano lebendig, und die Arbeiterinnen und Arbeiter lassen das *just in time* der Produktion bei Fiat in Melfi hinter sich und wenden es in ein *just in time* der Revolte gegen das Diktat eines so genannten Entwicklungsmodells. Und nicht zuletzt ist das Bewusstsein in der paradigmatischen Mobilität der MigrantInnen lebendig, die der Fesselung durch die globalen Grenzen und durch die internationale Arbeitsteilung entfliehen, wovon etwa die Aktionen der »illegalen« in Moskau oder der »Izbrisani« in Slowenien sprechen.

Flexibilität, Mobilität und Innovation, Unvorhersehbarkeit, Anpassungsfähigkeit, Nichtlinearität und Einzigartigkeit: so lauten die Schlagworte, die im konzeptuellen Horizont des Postfordismus dem Vokabular der Kämpfe gewaltsam entwendet wurden, doch von neuem lassen sich damit die Verhaltensweisen der lebendigen Arbeit insgesamt umreißen, die zur Multitude wird, und die derart droht, Verwertung und Kontrolle zu blockieren.

Auf den Straßen Europas blitzt in den Paraden des Euromayday etwas auf, kraftvoll und vielversprechend – etwas, das schon lange vor dem Mai begonnen hat und auf dessen Fortdauer man setzen kann: Das Bild nicht repräsentierbarer Singularitäten, deren gleichzeitige Kooperation dem Hervorbringen eines *Gemeinsamen* gilt, einem möglichen subversiven Umschlag der »flexiblen Produktion«. Natürlich ist der Ausgang dieses Prozesses keineswegs vorhersehbar. Die Formen des Lebens der Multitude sind zutiefst ambivalent: Opportunismus gibt es darin ebenso wie Konflikt, Zynismus wie Selbstbestimmung, die *dogs of war*, die sich für Krieg und Sterben im Irak begeistern, ebenso wie die *intermittents du spectacle*, die in den Kämpfen in Frankreich ihr Leben durch eine Kreativität behaupten, die nicht länger akzeptiert, Ware zu sein. Und hier stellt sich unumgänglich das Problem der organisatorischen Formen.

Eines ist dabei gewiss: Das Erbe der Vergangenheit, die revolutionären wie die reformistischen Traditionen, funktionieren nicht länger. Die Verhaltensweisen und die Kämpfe der Multitude gehen ganz einfach darüber hinaus. Wenn auf jene Traditionen in einer Art von intelligentem Opportunismus angespielt wird, dann weil sie tatsächlich substanzlos sind: Angesichts der Aktionen vor den Busdepots oder in Scanzano fragten wir uns häufig, wie die Bewegung mit diesen Formen sozialen Widerstands interagieren kann, doch vielleicht ahnten wir auch bereits, dass die Frage falsch gestellt ist. Denn genau dort finden wir die Bewegung, hier ist der gemeinsame Raum der Subjektivierung, dessen Dimensionen permanent erweitert und neu definiert werden.

Statt also zu fragen, wie die Gegenwart auf unsere Höhe kommen kann, müssen

wir uns fragen, wie wir auf Höhe der Gegenwart agieren können. Dieser Perspektivwechsel, den die Materialität der Prozesse vorzeichnet, ist von entscheidender Bedeutung. Es sind die vielfältigen Praxisformen der globalen Bewegungen in ihrer Gesamtheit, die auf gangbare politische Wege hinweisen, ganz ohne Nostalgie für die »Sicherheiten«, wie sie Nationalstaat und Fabrikgesellschaft vorsahen.

Ein Beispiel bieten die Kämpfe der Prekären im Bildungssektor, die an den französischen und italienischen Universitäten der europäischen Bildungspolitik massiven Widerstand entgegensetzen, autonome Seminare organisieren und so – auch wenn es vielleicht, gegens Licht betrachtet, noch relativ schwache Ansätze sind – die vorhandenen Möglichkeiten einer anderen Art der Kooperation aufzeigen, und zwar *hier und jetzt* und nicht in der fernen Zukunft. Statt etwas auf das Lamentieren über den *brain drain*, der den Standort gefährdet, zu geben, gilt es heute unsere Flucht zu organisieren, die Flucht

Orte, von denen aus wir Konflikte führen und Forderungen erheben können, sondern die Öffnung der Räume der Subjektivierung, neue Formen von Öffentlichkeit, Keimzellen gesellschaftlicher Kooperation radikal anderer Art.

Möglicherweise haben sich einige Namen, unter denen in den vergangenen Jahren diese Fragestellungen angegangen wurden – wie beispielsweise »Sozialforum« – bereits verbraucht; doch das Problem selbst bleibt weiterhin von entscheidender Bedeutung. Daran gilt es weiterzuarbeiten, in dem Wissen, dass es kein Zurück in die Vergangenheit geben kann und auch die »juristischen« Wege nirgendwohin führen. Die Gesellschaft selbst muss verändert werden, denn Arbeit und produktive Kooperation haben neue Formen angenommen, sind unbeständig und flüchtig geworden und widersetzen sich so strukturell den überlieferten rechtlichen Bestimmungen und Vorschriften. Zugleich wäre es gewiss nicht klug, der vermeintlichen Klarheit von »Rechten«

Chancen zu ergreifen, die jene Praxisformen im gesellschaftlichen Raum wie in den Institutionen aufzeigen, und dabei die paternalistischen Logiken – den Familialismus, die »Barmherzigkeit für die Bedürftigen« –, die in diesem Zusammenhang ein ums andere Mal auftauchen, offen infrage zu stellen. Wir sollten versuchen, die gewohnte Perspektive umzukehren, und die institutionellen Arrangements als Ausgangs- und nicht als Endpunkt der sozialen Bewegungen begreifen. So kann, in all seiner Widersprüchlichkeit, ein Gesetz – beispielsweise die Einführung eines gesellschaftlichen Grundeinkommens in der Region Kampanien – eine gute Gelegenheit für Experimente bieten. Der Wahlsieg von Zapatero in Spanien, ein Beispiel auf anderer Ebene, spricht von der Stärke der Bewegung gegen den Krieg, von ihrer Fähigkeit schlagartig Veränderung im institutionellen Rahmen herbeizuführen und die Regierung zum Truppenabzug aus dem Irak zu zwingen, ohne dass deswegen der sozialistischen Partei ein Blankoscheck ausgestellt worden wäre.

Die Vielfalt der Perspektiven, der Netzwerke, der Orientierungen ist vielleicht geeignet, die Verhärtungen und Polarisierungen in den Debatten durcheinander zu bringen: Uns quält nicht mehr die Suche nach dem »zentralen Subjekt« der gesellschaftlichen Veränderung, die Dialektik von Zentrum und Peripherien ist in Auflösung begriffen, und wir schlagen vor, aus der Neuzusammensetzung der lebendigen Arbeit in ihrer Gesamtheit heraus zu agieren, in der sich ähnliche Prozesse der Prekarisierung zeigen. Zugleich birgt diese Neuzusammensetzung die Möglichkeit der Veränderung: nicht indem wir sie auf eine illusionäre undifferenzierte Einheit reduzieren, sondern indem wir die Unterschiede im Gemeinsamen hervorheben und selbstbestimmte Kooperationen erfinden. Gegen das einzige, was der Kapitalismus garantiert: Ausbeutung und das Unglück der Lohnarbeit.

Dabei sind wir uns bewusst, dass der Bezugsrahmen unseres Handelns global ist und Europa nur der nächstgelegene Station »globaler Öffentlichkeit« darstellt, in der wir uns bewegen müssen. Gerade im europäischen Rahmen aber, wo so genannte Beschäftigungspolitik auf eine konsequente Flexibilisierung als Strategie baut, um Beschäftigungswachstum zu simulieren, verbinden sich die dunklen Seiten des »Fordismus« und des »Postfordismus« auf paradigmatische Art und Weise. Der Euromayday verweist hier nicht nur auf gleichgerichtete Tendenzen, was die Entwicklung der Arbeit und der sozialen Rechte angeht, sondern erprobt auch gemeinsame Begriffe und politische Praxisformen der sozialen Bewegungen. Es geht deshalb darum, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und gemeinsam mit anderen die großartige Vorstellung eines europäischen Netzwerks wirklich werden zu lassen, nicht nur auf dem Papier und nicht nur am Ersten Mai.

Sandro Mezzadra – Gigi Roggero



der Gehirne aus den Lernfabriken und aus dem Käfig des warenförmigen Wissens.

Die Debatten über andere gesellschaftliche Verhältnisse und über Organisationsfragen (Debatten, die beispielsweise die schwierigen Vorbereitungen des Europäischen Sozialforums in London durchzogen) sind unmittelbar Momente des politischen Aufbaus einer radikalen Alternative. Die Suche der lebendigen Arbeit in der Gegenwart nach nicht repräsentativen Organisationsformen, das Experimentieren mit der Selbstbestimmung der Vielen in ihrer Vielfalt, bietet eine Perspektive nicht nur gegen den Fetischismus einer Eroberung der Staatsmacht, sondern auch gegen den Kult, dass selbstbestimmte Erfahrungen spontan keimen müssten – Orientierungen, die zum Scheitern beziehungsweise zur Hilflosigkeit verurteilt sind. Was wir brauchen, sind neue *Gemeinsamkeiten*: nicht nur

zu vertrauen oder auf den angeblich »vernünftigen« Universalismus eines garantierten Grundeinkommens zu setzen: Der Kapitalismus, ob »postmodern« oder modern, ob in Neapel oder in New York, wird weiterhin Momente von Zwang zur Grundlage haben, daran wird auch eine scheinbare Rationalität nichts ändern.

Die Entwicklung nicht repräsentativer Organisationsformen geht nicht vom Mythos einer Autonomie des Gesellschaftlichen dem politischen System gegenüber aus, sondern stellt genau und aufs Neue die Frage nach dem Verhältnis von Bewegungen und Institutionen, und zwar als dringliches Problem. Wenn es heute heißt, die sozialen Rechte neu zu fassen, sie *neu zu erfinden*, dann bedeutet dies, die Gesamtheit der gesellschaftlichen und politischen Konflikte, ihre Praxis, zum Ausgangspunkt zu nehmen. Es bedeutet, in der Lage zu sein, in gewisser Weise »opportu-

